Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 30 | Hamburg, den 25. Juli 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Zur Erkenntnis des Bolschewismus ..... Seite 561
Die große Einmalige ..... „ 565
Kautschukversorgung und Zwangswirtschaft ..... „ 567
Länder-Berichte:
England ..... „ 568
Frankreich ..... „ 570
Kanada ..... „ 571
Brasilien ..... Seite 573
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... „ 575
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 576
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 579
Vermischtes ..... „ 580

Zur Erkenntnis des Bolschewismus

Die nachfolgenden Darlegungen wollen einige Hinweise geben, wie das Wesen des Bolschewismus aus seinem eigenen Schrifttum und aus einer Literatur erfaßt werden kann, welche sich zum mindesten bemüht, die Schranken des westlich-demokratischen Denkens zu überschreiten und die neue Lehre mit dem Willen zur Wahrheitserkenntnis zu betrachten. Wenn diese Forderung auch hier an den Leser gerichtet wird, so ist dies mehr, als ihm im politischen Tageskampf im allgemeinen zugemutet wird, denn sie verstößt gegen ein Axiom und gegen eine Spielregel „durchpolitisierter" Zeiten.

Das Axiom lautet, daß jeder stimmberechtigte Staatsbürger in der Lage ist, aus einer glücklichen Veranlagung heraus, welche demokratische Zeiten hervorrufen und fördern, jeden Gegenstand der öffentlichen Diskussion irgendwie zu verstehen, ohne sich des näheren mit der Sache selbst befaßt zu haben. Wo die Einsicht versagt, vermitteln die Zeitungen den noch fehlenden kleinen Rest an Kenntnissen, und zwar in unmittelbar konsumreifer Darbietung. So wenig der Bürger es deshalb früher für erforderlich hielt, das „Kommunistische Manifest" oder das „Erfurter Programm" zu lesen, so wenig fühlt er sich heute, obwohl ihn der heiße Atem des Ungewöhnlichen nahe genug berührt, genötigt, sich eine Kenntnis vom Bolschewismus aus den Quellenschriften zu verschaffen.

Diese passive Haltung findet ihre Stütze in einer Spielregel, kraft welcher jeder, der im politischen oder wirtschaftlichen Kampf steht, die Argumente und die Wesensart des Gegners lieber nicht gar zu genau und keinesfalls mit der auch nur hypothetischen Einstellung, als ob er recht hätte, betrachtet, da durch solche Vertiefung der Kenntnisse und solchen Zwang zu gerechter Erwägung der frische, kämpferische Elan gebrochen werden könnte,

„And thus the native hue of resolution
Is sicklied o'er with the pale cast of thought".

Solchen Sorgen gegenüber sei bemerkt, daß diesen Ausführungen keinerlei politische Tendenz innewohnt, daß es aber allerdings für die Pflicht eines jeden Staatsbürgers gehalten wird, mindestens zu versuchen, sich eine Kenntnis des Ideenkomplexes zu verschaffen, gegen den die gegebene politisch-ökonomische Welt in den nächsten Jahren in gespannter Abwehrhaltung gerichtet sein wird. Der Beitritt zu einer antibolschewistischen Organisation ist zwar ein Bekenntnis, aber kein Akt des Erkennens. Das Erkennen aber ist notwendig, um den Verdacht des bösen Gewissens abzuweisen, und um den politischen Kampf, welcher auf beiden Seiten die Mittel der Übertreibung, Verdunkelung, Lüge und Verleumdung verwendet, wieder in die reinere Sphäre eines Kampfes der Geister zu erheben. Der Wille zu unvoreingenommener Prüfung wird freilich durch die Augenblicksnähe der Ereignisse und durch die Unzuverlässigkeit der Berichte erschwert, welche nicht gestatten, die Grenzlinien zwischen Anwendung einer Theorie, Hungerrevolte, ökonomischer Zerrüttung, Verbrecheraufstand und sozialer Psychose zu ziehen. Dennoch wäre es ein Fehler, mit dem Hinweis auf die entsetzliche Roheit bolschewistischer Kampfformen das Problem als erledigt zu betrachten oder es ausschließlich in die Sphäre des Standrechtes und der Kriminalität verweisen zu wollen. So wenig der Soldat aller Völker glaubte, daß der Sinn seines Krieges sich in den schrecklichen Realitäten erschöpfte, die seine Tage und Nächte in der Feuerlinie erfüllten, so wenig wird sich der Anhänger einer extremen politischen Theorie das Recht nehmen lassen, in seinen Tathandlungen die ersten Durchbruchsversuche einer neuen Idee zu erblicken, der die Taktik durch die Struktur der Umwelt vorgeschrieben wird.

*

Der Bolschewismus, der seinen Namen einer wenig belangvollen historischen Zufälligkeit verdankt, ist eine Bewegung,

die auf einen vollständig verwirklichten Kommunismus des Lebens abzielt. Um ihn in die Schemata des üblichen Denkens einordnen zu können, muß man sich seinen Ursprung aus vier wesentlichen Quellen vergegenwärtigen: dem Marxismus, dem revolutionären Syndikalismus, der europäischen Kulturkrisis und der russischen Schrankenlosigkeit. Es ist nicht möglich, in einer kurzen Skizze das Verhältnis zu diesen Ursprüngen darzulegen, aber vielleicht läßt sich doch eine ungefähre Anschauung seines Wesens gewinnen.

Werner Sombart sagt sehr summarisch und intellektualistisch beengt in der Abhandlung über den Bolschewismus, „daß in ihm sich kein Gedanke findet, der nicht mindestens 50 Jahre alt ist". Er läßt durch solche Feststellung die brennende, dämonische Realität außer acht, welche den fast völlig verblaßten Gedankenbildern der sozialistischen Theorie durch den Anhauch von unmittelbarem Leben verliehen wird. Er verkennt weiter, oder vertieft nicht genügend seine Erkenntnis von der Gesamtstruktur des bolschewistischen Geistes, wenn er für das Entscheidende hält: „seine wesentlich negative Einstellung zur Welt." Gewiß ist der parteioffizielle Bolschewismus unmetaphysisch und voll nihilistischer Skepsis. Aber diese Oberfläche scheint getragen von einer tiefen Sorge um das Leben schlechthin, von einem Animismus, der seinen Zusammenhang mit der Elementarmacht des Religiösen keineswegs gänzlich gelöst hat.

Und so gesehen, ordnet sich der Bolschewismus in einen Sachverhalt ein, der — von Nietzsche hellsichtig erkannt — zuletzt von Georg Simmel in seinem Wiener Vortrag über die „Krisis der Kultur" (1916) beschrieben worden ist: er ist, auf breitester Bruchfläche, ein Kampf zwischen L e b e n und F o r m. „Das schöpferische Leben erzeugt dauernd etwas, was nicht selbst wieder Leben ist, etwas, woran es sich irgendwie totläuft, etwas, was ihm einen eigenen Rechtsanspruch entgegen setzt. Es kann sich nicht aussprechen, es sei denn in Formen, die etwas für sich, unabhängig von ihm, sind und bedeuten. Dieser Widerspruch ist die eigentliche und durchgehende Tragödie der Kultur." Als solches „leidenschaftliches Sichaussprechenwollen eines Lebens, das in den überlieferten Formen nicht mehr unterkommt," ist der Bolschewismus nicht nur russisch und asiatisch, sondern er hat hier auch seinen Berührungspunkt mit dem in Frankreich aufgewachsenen Syndikalismus, dessen tieferer Sinn es ist, die revolutionäre Energie des Proletariats vor der Erstarrung in den Formen gewerkschaftlicher und parteipolitischer Bürokratie zu bewahren, in der „action directe" das unter revisionistischen Theorien verschüttete Leben wieder seine eigentümliche Sprengkraft auswirken zu lassen. In deutlich gefühltem Zusammenhang mit Bergsons Lehre von der „évolution créatrice" schreibt Hubert Lagardelle: „Pour le syndicalisme, tout réside ... dans les créations spontanées et toujours neuves de la vie, dans le renouvellement perpétuel des idées, qui ne peuvent pas se figer en dogmes, du moment qu'elles ne sont pas détachées de leurs tige. Nous ne sommes plus en présence d'un corps d'intellectuels, d'un clergé socialiste, chargé de penser pour la classe ouvrière; mais c'est la classe ouvriére elle-même, qui, au travers de son expérience, découvre incessament des horizons nouveaux, des perspectives imprévues, des méthodes insoupçonnées, en un mot des sources nouvelles de rajeunissement." (Le socialisme ouvrier, Paris 1906, Seite 292).

Es ist nicht die Verneinung des Lebens, sondern die Angst des ursprünglichen Lebens vor den Bindungen der Form, die das tiefste Wesen des Bolschewismus ausmacht und ihn, trotz seiner asiatischen Züge, als Teilausdruck der europäischen Gesamtkrisis erkennen läßt. Daher seine abwehrende Haltung gegenüber Staat und Parlamentarismus, Wissenschaft und Klassizität, daher sein tollkühner Versuch, das Leben gleichsam am Rande des Chaos zu etablieren, um es bei jedem Verdacht, in Formen starr zu werden, in den Krater der Erneuerung zurückwerfen zu können. Es ist klar, welch eine außerordentliche Affinität diese Lehre zu der russischen Tiefe hat, in welcher Gut und Böse, Wirklichkeit und Idee noch ungeschieden nebeneinander liegen, und in welcher das Leben als Ganzes als eine so ungeheure Realität empfunden wird, daß seinen Ansprüchen gegenüber der Wert des Einzeldaseins nur geringes Gewicht hat. Hier liegt die asiatische Wurzel des Terrors, der Leidenschaft für die Ausübung schrankenloser Despotie, hier aber auch die Quelle der Glut, mit welcher der Gedanke der R ä t e als das Symbol der neuen Wirklichkeit emporgehoben wird. Gewiß hat die Kommune von 1871, wie Lenin selbst anerkennt, ihn schon zu gestalten versucht. Dennoch erscheint er in Rußland als etwas wahrhaft Neues, weil er den ersten Versuch bedeutet, in einem Reich von riesenhafter Ausdehnung den Begriff der Herrschaft auszuschalten, mit dem Selbstbestimmungsrecht der sozialen Zelle ernst zu machen. Und folgerichtig muß der Gedanke der „Vertretung", auf dem der westliche Parlamentarismus ruht, abgewiesen werden. An seine Stelle tritt die Delegation, das heißt, in analoger Anwendung einer Ausdrucksweise des Religiösen, der Abgeordnete b e d e u t e t nicht, sondern er i s t das Volk. Deshalb bestimmt Artikel 15, Ziffer 78 der Verfassung der russischen Sowjetrepublik: „Den Wählern, die einen Deputierten in einen Sowjet abgeordnet haben, steht das Recht zu, jederzeit diesen Deputierten abzuberufen und den allgemeinen Bestimmungen gemäß Neuwahlen vorzunehmen."

Die Kritik gegenüber dieser hemmungslosen Verwirklichung des Prinzips der Volksherrschaft wird vornehmlich an zwei Punkten einzusetzen haben: Die Angst des Lebens vor der Form, in welcher gewiß ein menschliches Urgefühl durchbricht, verführt den Bolschewismus dazu, im Proletariat, und zwar in seinen „dezidiert untersten Schichten" (Sombart) die Träger des Volksdaseins zu erblicken, in denen also, die auch mit ihrer empirischen Wirklichkeit noch am Rande des Chaos leben und es zu einem sozialen Status überhaupt noch nicht gebracht haben. Eine so aufgebaute „Diktatur des Proletariats", erwachsen aus der typischen Abneigung des Russen vor der Spaltung des Wirklichen in Gedanken und Begebenheit, muß praktisch in Wirrsal, Elend und Ungerechtigkeit haften bleiben, weil es niemals gelingen wird, die noch am Quell des Ursprünglichen Stehenden abzuscheiden von jenem Niederschlag an Deklassierten, Versunkenen und endgültig Verworfenen, die gleichfalls in der tiefsten Schicht der Gesellschaft dunkel hausen.

Marxistisch und dem russischen Wesen fremd ist der Gedanke, in der F a b r i k die soziale Urzelle zu erblicken, welche in immer höheren Stufenfolgen von Sowjets sich selbst darstellt bis hinauf zum Allrussischen Zentral-Exekutivkomitee, das die Sowjets schließlich überwölbt. Die Landwirtschaft wird nicht etwa ignoriert, sondern es ist das Bestreben des Marxismus und des ihm folgenden Bolschewismus, auch den Ackerbau in eine Industrie zu verwandeln, das „kleinbürgerliche" Elementarverhältnis zwischen dem Bodenstück und seinem Bebauer endgültig durch Aufhebung des Sondereigentums zu zerreißen.

Und hier wird der innere Widerspruch des Bolschewismus und mithin auch eines wesentlichen Teiles des Marxismus sichtbar. Der Gedanke, neben der mechanischen Repräsentation in Parlamentarismus und Bureaukratie ein Sichselbstaussprechen des volklichen Leben zu verwirklichen, hat eine große Bedeutung: er wird aus dem Kampf um die staatliche Daseinsgestaltung niemals wieder verschwinden können. Es ist aber

eine falsche Konstruktion des bolschewistischen Marxismus, wenn er das „Leben" nur in den technisch bedingten Arbeitsformen des industrialisierten Proletariats erblickt, in denen das „Volk" entweder überhaupt noch nicht Gestalt gewonnen oder schon wieder verloren hat. Wahrscheinlich wird gerade das Beispiel Rußlands noch lehren, daß das um die Fabrik gruppierte Proletariat nicht mehr jenes Maß von ursprünglicher, gemeinschaftsbildender Kraft besitzt, ohne welche der Wiederaufbau eines Volkslebens nicht möglich ist. In ungezählten Scharen stehen die Bauern, mit ihrem gebundenen Elementarbegriff von Gleichheit und Eigentum hinter dem Industrieproletariat, und werden dem Betriebskommunismus und der schrankenlosen Durchführung des Gedankens der Delegation und kontinuierlichen Abberufung, welche die Auflösung des sozialen und politischen Organismus überhaupt bedeuten würde, jenes Element von Stabilität hinzusetzen, ohne welches keine Bodenkultur gedeiht und ohne die das Proletariat in seiner Unrast sich selbst verzehren und in seinen Städten zugrunde gehen würde.

Mit vollem Bewußtsein wurde hier versucht, von der Lehre des Klassenkampfes einmal abzusehen, und den Bolschewismus als eine Erscheinung zu betrachten, die über alle „materialistische Geschichtsauffassung" hinausgeht, deshalb aber auch nur insoweit Geltung beanspruchen darf, als sie sich in ihren Formen und Ideen nicht mehr auf jene als strenge Theorie längst in sich zusammengebrochene Lehre stützt. Rußland mit seiner großen Kühnheit, eine Idee unbedingt zu verwirklichen, wird ein Beispiel dafür geben, daß sich mit der Hypothese des Klassenkampfes und des ökonomischen Materialismus, trotz ihres außerordentlichen Erklärungswertes, für die positive Gestaltung des sozialen Lebens ebensowenig ausrichten läßt, wie mit dem Kantischen Zeitbegriff für die Anordnung eines Wettrennens. Es ist ein typischer Fehlschluß des rationalistischen Denkens, daß die Verwaltung eines Gebietes sozialer Tätigkeit oder die bewußte Lenkung einer Lebenserscheinung sich nach dem gleichen Gesetz konstituieren könne, das ihrem Dasein zugrunde liegt. Gerade Rußland ist besonders berufen, ein solches Paradigma zu verwirklichen, weil es in der Weite seines religiösen Allheitsgedankens und in der tiefgewurzelten Neigung zur Ausbildung und Erhaltung von Formen wirtschaftlicher Gemeinschaftsarbeit auch die positiven Kräfte besitzt, eine Lehre zu überwinden, deren metaphysischer Gehalt nur dann auf Verwirklichung hoffen kann, wenn er von der Einkleidung in eine erkenntnistheoretisch unhaltbare, zeitbedingte und durch Erstarrung armselig gewordene Sozialtheorie befreit wird.

*

Die Betrachtung hat einen Weg genommen, der manchen Leser, namentlich einer wirtschaftlichen Zeitschrift, befremden wird. Es kam jedoch darauf an, zu zeigen, daß vor aller Kritik des Bolschewismus erst einmal verstanden werden muß, was er als eine geistige Erscheinung und als Ausdruck einer revolutionären Welle, deren Flutwirkungen schon heute rings um die Erde zu spüren sind, bedeuten mag. Es ist die gleiche, hoffnungslose Befangenheit in den Denkformen der materialistischen Geschichtsauffassung, wenn man im Bolschewismus eine nur wirtschaftliche Bewegung sieht und wenn man glaubt, durch eine billige Kritik der vermutlich fehlgeschlagenen Maßnahmen Rußlands alles Nötige getan zu haben. Selbstverständlich müssen diese Dinge, da Arbeiten und Essen das Unerläßliche sind, einen breiten Raum in Lehre und Anwendung des Bolschewismus einnehmen. Aber handelte es sich hierbei nicht auch für die Führer selbst um die sekundären Begleiterscheinungen einer Idee, so würden sie nicht unheilvolle wirtschaftliche Wirkungen in Kauf nehmen, deren Eintreten jeder halbwegs Erfahrene mit Sicherheit voraussagen konnte.

Umso größer ist die Verpflichtung des westeuropäischen Beobachters, zwischen letztem Wesen und zeitgebundener Form des Bolschewismus die Grenze zu suchen, und erst nach solcher Erkenntnis seinen Standpunkt zu wählen. Hierbei vermag die Entwicklung in Rußland lehrreiche Hinweise zu bieten.

Jener Anspruch auf schrankenlose Autonomie der sozialen Urzelle, als welche man den „Betrieb" ansah, hat nicht aufrecht erhalten werden können. Die Herausbildung einer stark zentralistischen Verwaltung erwies sich als notwendig. Ebenso mußte eine neue Arbeitsdisziplin, mit prinzipieller Zulassung von Akkordlohn und Taylorsystem befohlen werden. Dem Chaos werden Grenzen gesetzt. Die dauernde Ausschaltung bürgerlicher Intelligenz erwies sich als verderbenbringend; man hat eingesehen, daß ein Ingenieur, der von Feierabend bis zum neuen Arbeitsmorgen in klassenbewußter Kampfweise mit dem Maschinengewehr bedroht wird, nicht während der achtstündigen Arbeitszeit der Produktion die von ihm geforderten neuen Impulse geben kann.

Die Erkenntnis dämmert, daß die Wirtschaft sich doch nicht ganz auf den zwei Funktionen aufbauen läßt, von denen Lenin mit Vorliebe spricht: Rechnen und Kontrollieren. Dagegen scheint sowohl in Rußland, wie auch bei den entsprechenden Richtungen in Deutschland, noch nicht begriffen worden zu sein, daß der Gedanke, den „Bedarf" eines Volkes zu berechnen, bereits völlig utopisch, oder besser gesagt, unsinnig ist. Selbst bei der Nahrung können weitgehende, sozialpolitisch bedeutungsvolle, Differenzen darüber bestehen, in welchen Arten der errechnete Kalorienbedarf zugeführt werden soll. Für jedes andere Bedürfnis aber, welches das Maß des bitter Notwendigen auch nur um ein Geringes überschreitet, kann der wirkliche Bedarf immer nur von der Seite der Nachfrage her bestimmt werden, welche der Ausdruck der lebendigen Dynamik des volkswirtschaftlichen Lebens ist. Die russische Sowjetregierung will die Herstellung von Gummischuhen in den weltberühmten, jetzt nationalisierten Fabriken zentralistisch regeln. Nicht jeder Russe braucht Gummischuhe; dennoch jedem ein Paar zuzusprechen, käme einer ungeheuren Materialverschwendung gleich. Sollen sie also auf Anfordern zugeteilt werden, so erhebt sich sogleich eine so große Schwierigkeit des Vorausberechnens, der Zuteilung von Grund- und Hilfsstoffen, daß wahrscheinlich der zuständige Zentralkautschukrat die Frage aufwerfen wird, ob Gummischuhe denn überhaupt für ein, selbst menschenwürdiges, Dasein unerläßlich seien. Die Antwort würde auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen, verneinend ausfallen.

Das Problem der Verteilung ist eben unlösbar, weil jedes Volk erst durch die ihm innewohnende schöpferische Energie, die es aber nicht im voraus erkennen, sondern nur in tatsächlicher Arbeit erfahren kann, das Ausmaß seines Güterverbrauchs bestimmt. Der Theoretiker Lenin erkennt das Bestehen dieses Problems in bedingter Form an. Er weist es, ganz ähnlich wie Marx, ab, über die Gestalt des Zukunftsstaates bündige Voraussagen zu machen: es genüge, die Dinge in Bewegung gebracht zu haben.

Ist schon dies eine Rückkehr zu der Einsicht, daß es eine vorbestimmte Mechanik des sozialen Geschehens nicht gibt, so spricht diese noch deutlicher aus der — auch vom Syndikalismus ausgesprochenen — Ablehnung der Lehre vom „Hineinwachsen in den Sozialismus". „Die sozialistische Revolution beginnt zuerst in den kapitalistischen Ländern, in denen die kapitalistische Organisation schwächer ist. Die kapitalistischen Länder mit den am meisten zerrütteten Nieder

haltungsorganen sind die Durchbruchspunkte des Sozialismus, dort beginnt die sozialistische Revolution" (Radek). Damit geht der Bolschewismus auf das noch nicht in eine wissenschaftliche Konstruktion umgeformte Ur-Erlebnis des Denkens von Karl Marx zurück: auf die Lehre vom Klassenkampf und von der sozialen Revolution als einer ewigen Macht, als dem Willensrad, das sich dauernd unter dem Grunde aller sozialen Verhältnisse dreht. In dieser auflösenden Erneuerung des doktrinär erstarrten Marxismus geht Lunatscharski, der Volkskommissar für Volksaufklärung, noch weiter in folgenden Ausführungen: „Das Gewebe der Kultur ist fein und reich gemustert. Man kann mit der Plumpheit des Pedanten und ungeschliffenen Menschen an die Aufgabe herantreten und einfach nach „eigennützigen" Motiven in den dem Anscheine nach uneigennützigsten Handlungen, selbst in den vom „brutalen Interesse" weit entfernten Gebieten, suchen. Aber das wird keine Anwendung der sozialanalytischen ökonomischen Klassenmethode zur Erforschung der Kultur sein, sondern die kompromittierende Erscheinung einer eigenartigen Misanthropie, die in allen reinen Beweggründen Betrug wittert und hinter dem „zur Schau getragenen Idealismus" die niedrige Wahrheit aufspürt."

Wir brechen hier ab, zwischen Zweifeln, Problemen und entschiedenen Unmöglichkeiten. So wenig sich die mathematische Formel für die Umrißlinie einer auflodernden Flamme bestimmen läßt, so wenig läßt sich Bestimmtes über die empirische Wirklichkeit des Bolschewismus sagen. Was an ihm falsch ist, erkennt jeder Geschäftsmann; was an Verbrechertum in ihm aufsteigt, ist nur noch ungefähr zu bestimmen, darf aber nicht gering eingeschätzt werden. Auch das Maß psychologischer Verstiegenheit ist außerordentlich, und dennoch — dies ist kein politisches Programm, sondern eine Feststellung — ist die russische Revolution das Signal eines Kampfes, „der nicht eher enden wird, als bis alle Reiche dieser Welt, von dem hochkapitalistischen Amerika bis zu dem auf Kuliarbeit gegründeten China und Indien, neue Formen ihres Bestandes gefunden haben werden" (Paquet).

Der Umfang und die Formen dieses Kampfes werden sich darnach bestimmen, ob in den Völkern des Westens noch soviel an schöpferischer Kraft enthalten ist, um der gebieterischen Forderung zur Überprüfung aller sozialen Grundverhältnisse, welche der Bolschewismus bedeutet, eine positiv gestaltete Idee entgegensetzen zu können. Soweit der Bolschewismus sich eines geistigen Sinnes bewußt zu werden vermag, wird er seine Kräfte einer solchen Idee einfügen können; soweit er vornehmlich materielles Begehren ist, wird er in der gegebenen Gesellschaftsordnung alle die Rechte bedrohen, welche, eines ethischen Rückhalts ermangelnd, dem gleichen Reich niederer Zwecke angehören und also ihren Grund und Bestand ausschließlich auf Kräfte materiellen Ursprungs zurückführen können.

Übersicht über die Literatur.

1. Quellenschriften.

Das wichtigste Dokument ist die „Verfassung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik", erschienen in deutscher Sprache im Verlag der „Aktion", Berlin-Wilmersdorf. Als parteioffiziöse Erläuterung dient die Schrift von N. Bucharin „Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki)", A. Hoffmanns Verlag, Berlin. Für den theoretischen Standpunkt Lenins ist das wichtigste neuere Werk „Staat und Revolution", das in noch völlig abstrakter Deduktion die Wiederherstellung des reinen Marxismus unternimmt (Verlag der „Aktion"). Seine unerläßliche Ergänzung bilden Lenin, „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht", mit den weitgehenden Annäherungen an die gegebene Wirklichkeit (Verlag der „Aktion"), und der etwa zur gleichen Zeit gehaltene Vortrag von Trotzki „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten" (A. Hoffmanns Verlag).

Als wichtigste Schriften zur Erkenntnis der Geschichtsauffassung und der Taktik des Bolschewismus sind zu nennen:
Lenin und Trotzki, Krieg und Revolution, Zürich 1918.
Trotzki, Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag, Berlin 1918.
Radek, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat. Berlin 1918.
Radek, Die internationale Lage und die äußere Politik der Räteregierung, Berlin 1919.
Radek, Die russische und deutsche Revolution und die Weltlage, Berlin 1919.
Zur Kulturanschauung wesentlich ist die Schrift von Lunatscharski, Die Kultur-Aufgaben der Arbeiterklasse (Verlag der „Aktion").

2. Darstellung, Material und Kritik.

Die beste Darstellung und zugleich der Versuch einer kritischen Würdigung ist das Kapitel über den Bolschewismus, das Werner Sombart der 7. Auflage seines Buches „Sozialismus und soziale Bewegung" hinzugefügt hat. Tiefgründig und als ideengeschichtliche, sowie prinzipielle Untersuchung wertvoll ist die Abhandlung von Fritz Gerlich, „Der Bolschewismus als Konsequenz des Marxismus" im Januar-Heft der „Süddeutschen Monatshefte". Den Versuch einer gerechten Würdigung unter Benutzung der besten Quellen unternimmt Hirschberg in dem Buche „Bolschewismus. Eine kritische Untersuchung über die amtlichen Veröffentlichungen der Sowjet-Republik", (München und Leipzig 1919, bei Duncker & Humblot). Namentlich wegen der positiven, quellenmäßig belegten Angaben wertvoll ist die Schrift des linken Sozial-Revolutionärs Dimitry Gawronsky, „Die Bilanz des Bolschewismus", (Berlin 1919, bei Paul Cassirer), die bittere, aber in der Form durchaus würdige Abrechnung von seiten eines leidenschaftlichen politischen Gegners. Das reichhaltigste Material ist in sorgfältiger, kritischer Weise zusammengetragen von Kaplun-Kogan, Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki, (Osteuropa-Institut in Breslau, Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1919).

3. Geschichte.

Eine schlichte, illustrierte Darstellung bietet N. G. Verow, „Die große russische Revolution", (Berlin 1917, Verlag für Sozialwissenschaften). Größer angelegt ist das auf mehrere Bände berechnete Werk von Prof. Dr. Axel Freiherrn v. Freitagh-Loringhoven, „Geschichte der russischen Revolution", Erster Teil, (München 1919, J. F. Lehmann's Verlag). Die Darstellung, von entschiedener nationalistischer Tendenz getragen, berührt nur die äußerste Fläche des Geschehens. Aus dem völligen Mangel an Quellenangaben wird man schließen dürfen, daß der Verfasser selbst nicht die Absicht hatte, etwas wissenschaftlich Erhebliches darzubieten.

4. Anschauung und Deutung.

Hier sind die beiden besten Bücher zu nennen, ebenso sehr Dokumente deutschen, wie russischen Geistes. Alfons Paquet's Briefsammlung „Im kommunistischen Rußland", (Jena 1919, bei Eugen Diederichs), sind mit dem reinen Blick des Schauenden aufgenommene Bilder aus dem äußeren und inneren Leben, den Taten und Leiden der Sowjetmacht, von den Plänen „jener Männer, die dort im Osten bleich lächelnd wie Mondsüchtige den Kampf Europas um sich selbst entfesselt haben".

In den drei Vorträgen „Der Geist der russischen Revolution", (Leipzig 1919, bei Kurt Wolff), wird der russischen Revolution von Paquet mit der synthetischen Kraft eines Menschen, für den die Offenbarung Johannes noch heute mehr Wahrheit enthält, als „Das Kapital" von Karl Marx, ihre platonische Idee gegenüberstellt, zu deren Erkenntnis und Verwirklichung es reinerer Herzen bedarf, als sie den heutigen Führern des Bolschewismus gegeben sind. *Eduard Rosenbaum*

Die grosse Einmalige

Der Entwurf einer großen Vermögensabgabe, des sogenannten Reichsnotopfers, sieht anders aus, als die Pläne zu einer solchen Steuer, die nun schon seit Jahren (1916) erörtert worden sind. Der Gedanke einer großen Vermögensabgabe tauchte zum ersten Mal in einer Zeit auf, in der Deutschland noch auf einen günstigen Ausgang des Krieges rechnen zu können glaubte. Dementsprechend knüpften sich große Erwartungen an die Steuer. Man hoffte durch sie die Schulden des Reichs, wenn nicht ganz, so doch zu einem großen, durchaus stark ins Gewicht fallenden Teile abtragen zu können. An eine derartige Wirkung des Reichsnotopfers ist heute nicht entfernt mehr zu denken; dafür ist die Schuldenlast zu sehr angewachsen, ganz abgesehen davon, daß die Höhe der feindlichen Ansprüche nicht feststeht. Aber auch der Charakter der Abgabe selbst hat sich wesentlich geändert. Bezeichnend für die Steuer, wie sie ursprünglich gedacht war, ist, daß man sich daran gewöhnt hatte, von ihr als der großen „Einmaligen" zu sprechen. Man beabsichtigte, eine Gesundung unserer Finanzen durch diesen einen entschlossenen Eingriff herbeizuführen. Die Verfechter der Steuer führten als wichtigstes Argument ins Feld, daß eine solche Operation, so gefährlich sie sein möge, doch jahrelangem Siechtum vorzuziehen sei.

Nach dem jetzt vorliegenden Regierungsentwurf kann nicht gut mehr von einer einmaligen Abgabe die Rede sein, vielmehr ist vorgesehen, daß die Steuer ratenweise in einem Zeitraum von 30 Jahren entrichtet werden kann. Allerdings muß dann der gestundete Betrag von dem Steuerpflichtigen mit 5 % verzinst werden. Damit entfallen die früheren Befürchtungen, die sich an die Entrichtung der Steuer in verhältnismäßig kurzer Frist knüpften. Man glaubte damals voraussehen zu müssen, daß das in Grund und Boden, Fabrikanlagen, Warenlagern, kaufmännischen und gewerblichen Betrieben arbeitende Betriebskapital durch den Zwang zur raschen Aufbringung der auferlegten Abgabesumme zusammenschrumpfen oder daß eine weitgehende Beteiligung des Staates an den einzelnen Unternehmungen unvermeidbar sein werde. Die Anhänger der Sozialisierung sahen in dieser Beteiligung einen Weg zur Verwirklichung ihrer Gedanken.

Es ist nun zwar damit zu rechnen, daß von zahlreichen Kapitalisten auf die ratenweise Zahlung verzichtet und statt dessen von der schleunigsten Abtragung in weitgehendem Umfange Gebrauch gemacht werden wird. Dafür sorgt die 5 %ige Verzinsung des gestundeten Betrages. Nur wo es möglich ist, eine höhere Verzinsung als diese 5 % herauszuwirtschaften, empfiehlt es sich für den Steuerpflichtigen, das Kapital stehen zu lassen, es sei denn, daß er aus anderen Gründen die Summe seinem Betriebe nicht sofort entziehen kann.

Die allmähliche Abzahlung erfolgt unter Hinterlegung von Sicherheiten. Die Beteiligung des Reichs an Unternehmungen ist durch den Entwurf keineswegs aufgegeben, nur wird sie als nicht ganz zu umgehende Wirkung der Steuer aufgefaßt, nicht als von vornherein erstrebenswertes Ziel. Es besteht nicht von Anfang an die Absicht, dem Reiche auf diese Weise möglichst großen Einfluß auf Unternehmungen und Betriebe aller Art zu verschaffen, um so unserem Wirtschaftsleben eine andere Gestalt zu geben. Immerhin bleibt abzuwarten, ob sich aus der gemäß dem Entwurf für die Übernahme solcher Werte durch das Reich zu gründenden „Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit" nicht doch noch die „Reichsvermögensbank" im Sinne der Denkschrift von Wissel und Möllendorf entwickelt.

Je nach Lage des einzelnen Falles tritt, wenn der Regierungsentwurf Annahme findet, anstelle der einmaligen Abgabe aus dem Vermögen eine fortlaufende Besteuerung des Einkommens. Denn die Betroffenen werden nach Kräften bestrebt sein, die jährlich zu entrichtende Rate aus dem Einkommen zu bestreiten. Insofern liegt in der Steuer ein Anreiz zu erhöhter Sparsamkeit und zur Entfaltung gesteigerter Produktivität, um trotz der Steuer einen Vermögensverlust abzuwenden. Diese Wirkung wird aber nur da eintreten, wo überhaupt noch die Möglichkeit vorhanden ist, den Verbrauch einzuschränken oder die Arbeitskraft anzuspannen. Für die kleineren Vermögen bzw. Einkommen dürfte vielmehr durch die Steuer das Existenzminimum erreicht und vielfach unterschritten werden.

Umgekehrt begünstigt die Hinausschiebung des Stichtages für die Vermögensabgabe auf den 31. Dezember 1919 die Verschwendung. Die heute allgemein zu beobachtende Vergnügungssucht ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß weiteste Kreise bestrebt sind, ihr Geld durchzubringen, weil sie sich sagen, daß die Summen, die sie jetzt für wirkliche oder vermeintliche Genüsse ausgeben, dann wenigstens nicht dem Steuerfiskus zufließen. Vom steuerlichen Standpunkt aus gehen nun allerdings diese Beträge nicht völlig verloren, da ja der Verbrauch durch indirekte Steuern erfaßt wird, und diese sollen auch nach der jetzigen Auffassung der Sozialdemokratie weiterhin erhöht werden. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist eine Förderung des Hangs zur Verschwendung gleichwohl bedenklich, weil dadurch, selbst wenn man berücksichtigt, daß der größere Verbrauch gesteigerte Produktion zu seiner Befriedigung hervorruft, im ganzen Arbeitslust und Produktivität Beeinträchtigung erfahren.

Der späte Stichtag begünstigt weiter die Steuerhinterziehung. Der kleine Sparer wird ohnehin geneigt sein, sein Geld abzuheben und in den Strumpf zu stecken. Er kann gar nicht mehr profitieren. Denn die Verzinsung der Sparkassen bleibt weit hinter dem Betrag zurück, den er nach dem Entwurf entrichten soll. Der Staat hätte nun alles Interesse daran, daß der Unfug des Notenhamsterns endlich aufhörte. Was will er tun, um dieser Wirkung der Steuer zu begegnen? Soll man zur Notenabstempelung greifen, und wie oft will man dieses Mittel wiederholen? Denn darüber muß man klar sein, daß auch die anderen noch beabsichtigten Steuern auf den Besitz in gleichem Sinne wirken, so z. B. die Vermögenszuwachs- und die Kapitalrentensteuer.

Dies führt uns auf das wichtigste Bedenken gegen die Art, wie die Vermögensabgabe vom Reichsfinanzministerium behandelt wird. Weil das Reichsnotopfer in zahlreichen Fällen praktisch zu einer bloßen Einkommensteuer wird, wäre es das Richtige gewesen, die Abgabe im Zusammenhang mit der geplanten Reichseinkommensteuer zu

erledigen. Zuerst hätte die Reichseinkommensteuer eingebracht werden müssen, deren Ergänzung die übrigen, tatsächlich aus dem Einkommen zu entrichtenden Abgaben zu bilden hätten. So noch die geplante Kapitalrentensteuer, die Besteuerung des Zuwachses der Einkommen und Vermögen und die Erbschaftssteuer. All diese Abgaben dürften nicht in völliger Isolierung eingebracht, beraten und verabschiedet werden, sondern nur als Teile eines organischen Ganzen. Nur so wäre es möglich, zu einem System zu gelangen, das uns so bitter nottut. Nur auf diese Weise kann auch der größtmöglichste Ertrag für den Steuerfiskus bei geringstmöglicher Schädigung der Einzelwirtschaft und der sich aus der Gesamtheit der Einzelwirtschaften zusammensetzenden Volkswirtschaft erzielt werden. Der Weg, den die Regierung statt dessen (wie es scheint aus politischen Gründen) gewählt hat, macht das Reichsnotopfer zu einem Experiment, von dem man nicht weiß, wie es ausgehen wird. Daran ändert auch die Entwicklung eines zusammenhängenden Finanz- und Steuerprogramms durch den Reichsfinanzminister noch nichts.

Besonders stark, ja vielleicht in lebensgefährlicher, nicht wiedergutzumachender Weise wird der kleine Rentner durch die geplante Abgabe betroffen. Es scheint so, als ob bei dem Regierungsentwurf die durchaus unzutreffende, an dieser Stelle bereits früher zurückgewiesene Auffassung mitgespielt habe, daß Einkommen aus Vermögen unbedingt in einem Gegensatz zum Arbeitseinkommen stehe. Der Rentner aber, der sein kleines Einkommen aus einem unter Einschränkungen und Entbehrungen ersparten Kapital bezieht, hat die Arbeit für die Allgemeinheit geleistet, als er sein kleines Vermögen zurücklegte. Seine Rente ist in der Tat Arbeitseinkommen, vielleicht mehr als die übermäßig hohen Löhne und Gehälter, die unter Ausnutzung der Notlage des Reiches vielfach erzwungen worden sind. Der Rentner, der nicht in der Lage ist, sein Einkommen im Schritt mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung zu erhöhen, muß unter ungerechtfertigter Bereicherung und Einkommenssteigerung anderer Klassen und Stände leiden, die die Preise der auch von ihm benötigten Lebensmittel und Bedarfsartikel durch ihre stärkere Kaufkraft steigern. Es ist daher zu überlegen, ob die steuerfreie Grenze für die Vermögensabgabe, 5000 ℳ nach dem Regierungsentwurf, nicht, wenigstens unter gewissen Voraussetzungen, heraufzusetzen ist. Zum mindesten muß bei der nun doch geplanten Kapitalrentensteuer, die dem Vernehmen nach bis zu 30 % betragen soll, auf die kleinen Rentner weitgehende Rücksicht genommen werden.

Die Bestimmung des Entwurfs über das Reichsnotopfer, daß Ansprüche aus Versicherungen, auch wenn sie noch nicht fällig sind, kapitalisiert und besteuert werden sollen, bedarf der Änderung, da sie ungerecht ist und die Betroffenen geradezu in eine wirtschaftliche Notlage versetzen kann. Der Angehörige eines freien Berufs, der auf keine Pension rechnen kann, wird schlechter gestellt, als der Beamte. Denn nicht abgabepflichtig sind nach dem Entwurf Ansprüche an Witwen-, Waisen-, Pensionskassen, aus einer Kranken- oder Unfallversicherung, aus Renten und Bezügen, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gewährt werden. Wer sich dagegen in Ermangelung solcher Bezüge in eine Lebensversicherung eingekauft hat, der soll besteuert werden! Die Einkünfte aus derartigen Versicherungen entsprechen dabei lediglich den Pensionen der Beamten. Wenn der Angehörige freier Berufe Versicherungsprämien zahlt, so kann daraus keineswegs auf höhere Leistungsfähigkeit geschlossen werden. Wenn er auch nicht an die festen Gehaltssätze des Beamten gebunden ist und daher an und für sich die Möglichkeit zur Erlangung eines höheren Einkommens als der Beamte besitzt, so steht er doch andererseits vor der Notwendigkeit, in Ermangelung einer Pension aus diesem Mehreinkommen für seinen Lebensabend oder für Krankheitsfälle zu sorgen, steht also grundsätzlich nicht besser da, als der Beamte. Und ob er in der Tat ein höheres Einkommen als dieser bezieht, das kommt noch sehr darauf an. Man kann es vielleicht als bezeichnend für die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation auffassen, daß der Sinn für diese klare Unterscheidung verloren gegangen zu sein scheint, wie nicht nur der Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer, sondern auch noch andere Steuerprojekte der jüngsten Zeit beweisen. Es ist dies ein Beweis für die allgemeine Neigung, alles vom Standpunkt des Bürokraten aus zu betrachten, der sich an der Staatskrippe ernährt.

Das Reichsnotopfer darf in Kriegsanleihe entrichtet werden und zwar für Zeichner zum Nennwert. Auch für andere Steuern sind ähnliche Bestimmungen getroffen worden. Nur ist es technisch gar nicht so einfach, bei der ungeheuren Zahl von Zeichnungen auf 9 große Anleihen festzustellen bzw. nachzuprüfen, wer Zeichner ist. Die Entrichtung der Abgabe scheint so gedacht zu sein, daß der Steuerpflichtige seinerseits den Nachweis zu führen hat, daß er Zeichner ist. Gegebenenfalls will sich die Regierung, wie es heißt, mit eidesstattlicher Versicherung begnügen. Nun weiß man, daß schon vor dem Kriege Juristen behaupteten, die falschen Eide seien so zahlreich wie die Schneeflocken im Winter. Im Kriege hat dann der Mißbrauch der eidesstattlichen Versicherung im Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft dafür gesorgt, daß diese ihren außergewöhnlichen Charakter, ihre Heiligkeit im Bewußtsein der Massen verlor. Die Revolutionsmoral, die die Kriegsmoral abgelöst hat, ist noch schlimmer als diese, und so muß man der Wahrheit der verlangten eidesstattlichen Versicherungen über den Erwerb von Kriegsanleihe durch Zeichnung leider durchaus skeptisch gegenüberstehen.

Ist diese Skepsis berechtigt, so erreicht der Steuerfiskus leicht das Gegenteil seiner Absichten und wird um große Summen betrogen. Diese Gefahr ist um so größer, als die Masse dazu neigen wird, sich vor den so unerhört in das Leben eines jeden einzelnen eingreifenden Steuern auf jede Weise zu drücken. Es kommt geradezu ein Gefühl der Notwehr auf, in der sich der einzelne dem Staat gegenüber zu befinden glaubt. Und in der Notwehr ist jedes Mittel recht! Außerdem sagt sich das Volk, daß ein großer Teil der aufgebrachten Steuern in die Tasche der Feinde fließt, und dafür will erst recht keiner zahlen. Diese psychologischen Schwierigkeiten sind nicht gering. Die Regierung muß auf starken, passiven Widerstand gefaßt sein, gegen den sie, wie die Kapitalflucht ins Ausland bewiesen hat, bis zu einem gewissen Grade wehrlos ist.

Vom Reichsnotopfer, das mit einem Satze von 12 v. H. bei den ersten begonnenen oder vollen 50 000 ℳ anfangend in altmählicher Staffelung bis zu 65 v. H. für Beträge über 2 Mill. ℳ steigt*), wird ein Ertrag von 70—90 Milliarden ℳ erwartet. Die Regierung hofft auf diese Weise imstande zu sein, sich wenigstens von der schwebenden Schuld von gegenwärtig 72 Milliarden Mark zu befreien. Das ist nur ein Bruchteil unserer

*) Das Vermögen von Ehegatten wird zusammengerechnet. Besitzt die Familie zwei oder mehrere Kinder, so wird für jedes Kind der Betrag von je 5000 ℳ von der Abgabe freigestellt. Außerdem braucht auf so viel mal 50 000 ℳ Vermögen wie Kinder vorhanden sind, nur eine Abgabe von 10 % gezahlt zu werden. Die juristischen Personen, insbesondere Aktiengesellschaften, zahlen eine einheitliche Abgabe von nur 10 v. H. mit Rücksicht auf die bei gleichzeitiger Besteuerung der physischen Personen vorliegende Doppelbesteuerung. Der Wertansatz von Grundstücken (gemeiner Wert bzw. Einschätzung des Steuerpflichtigen bei Ankaufsrecht zu diesem Wert durch Staat oder Gemeinde) ermäßigt sich bei dauernd land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundstücken um 1/4.

Gesamtlast. Immerhin wäre ein solcher Erfolg nicht zu unterschätzen. Mit der Abbürdung der schwebenden Schuld muß notwendig die Reform unseres Geldwesens beginnen. Denn die schwebenden Schulden sind nur ein anderer Ausdruck für übermäßige und fehlerhafte Tätigkeit der Notenpresse. Das Elend unserer Finanzen aber beruht nicht zuletzt auf der Verwahrlosung unseres Geldwesens, wie auch das Umgekehrte der Fall ist. Hier besteht eine innige Verfilzung. Man kuriert unsere Finanzen am besten, indem man die Schäden des Geldwesens heilt, und diesem ist andererseits nur zu helfen, wenn endlich in unsere Finanzgebahrung Ordnung, Gewissenhaftigkeit und Sparsamkeit kommen. *Dr. Alfred Schmidt-Essen*

Kautschukversorgung und Zwangswirtschaft

Die Vorräte auf allen Weltmärkten sind weit größer und die Preise niedriger als zu irgend einer Zeit vor dem Kriege. Die Vorräte an den Konsum- und Produktionsmärkten drücken schwer auf die ganze Lage des Produktes, und weder der europäische noch der amerikanische Konsum sind zurzeit in der Lage, die außerordentlich großen Zufuhren aufzunehmen. Eine Abnahme der Zufuhren aus den Produktionsländern des Ostens ist aber nicht zu erwarten, da die Erzeugung, durch keinerlei Kriegseinwirkungen mehr gehindert, sich voll entfaltet und früher Versäumtes nachzuholen sucht. So hat die Gesamterzeugung von Plantagenkautschuk während der Monate Januar/April 1919 ca. 81 % mehr betragen als während der gleichen Monate 1918, welches Jahr bereits einen großen Produktionsüberschuß ergab. Die Preisbildung zeigt seit November 1918 im Gegensatz zu den seitens einiger Kreise für das Kriegsende gehegten Erwartungen einen ständigen Rückgang; während bester Plantagenkautschuk Mitte November 1918 in London noch 2 s 5 d bis 2 s 6 d kostete, notiert derselbe jetzt 1 s 9 d bis 1 s 8 d per engl. Pfund, am New Yorker Markte fiel die gleiche Sorte in denselben Monaten von 63 cts auf 40 cts, an beiden Märkten also um rund 30 %.

Daß unter diesen Umständen der Überfluß der Weltmärkte Absatz dorthin sucht, wo seit fünf Jahren bitterster Mangel an Kautschuk herrscht, nämlich nach Deutschland, ist für jeden Menschen mit halbwegs normalem Denkvermögen eine Selbstverständlichkeit.

Schon vor Aufhebung der Blockade hatte sich aus dem besetzten Gebiet heraus ein lebhafter Schleichhandel entwickelt, an dem sich der legitime Rohgummihandel infolge der bestehenden Einfuhr- und Handelsverbote, der Meldepflicht und Beschlagnahme, nicht beteiligen konnte, während weniger skrupulöse Kreise den Schiebern und Schleichhändlern die hereingeschmuggelte Ware abnahmen, und diese ihren Weg zur Verarbeitung fand. Es sollen dabei zuerst Preise bis zum zehnfachen der auf Grund unserer schlechten Valuta etwa zu rechtfertigenden Preise bezahlt worden sein. Da die Behörden anscheinend völlig unfähig waren, diesen Schleichhandel zu verhindern, so nahm derselbe immer größere Dimensionen an und wurde ziemlich öffentlich betrieben, sogar die Beschlagnahmegefahr deutscherseits kann zu ganz bestimmten Sätzen versichert werden. Aus Furcht vor dem mit Aufhebung der Blockade möglicherweise einsetzenden legalen freien Handel gingen übrigens die Schleichhandelspreise letzthin bereits auf ein Viertel bis ein Fünftel ihrer ursprünglichen Höhe zurück.

Nun ist die Blockade endlich gefallen, der Weg zu uns für diesen begehrten und volkswirtschaftlich wichtigen Rohstoff frei. Unsere maßgebenden Reichsbehörden, aber auch Industrie und Handel, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sehen sich vor außerordentlich folgenschwere Entscheidungen gestellt. Sollen Einfuhr und Handel für Kautschuk freigegeben werden, oder ist es nötig, die Einfuhrbeschränkung, Meldepflicht, Beschlagnahme und Ablieferungsfrist auch jetzt noch aufrecht zu erhalten?

Gibt man den Handel frei und hebt die Einfuhrbeschränkung auf, so können Industrie und Handel, und zwar legitimer Einfuhr- und Fachhandel, die das Vertrauen und den Kredit der ausländischen Erzeuger und Märkte genießen, Rohgummi in genügender Menge hereinschaffen, um alle deutschen Fabriken wieder in Gang zu setzen und deren zahlreichen Arbeitern lohnende Beschäftigung zu geben. Der deutsche Bedarf an Gummiwaren könnte voll durch eigene Erzeugung gedeckt werden und brauchte sich nicht auf dem Wege des Schleichhandels zu volkswirtschaftlich unverantwortlichen Preisen und Zahlungsmodalitäten zu versorgen. Auch auf eine ganze Reihe von Kautschuk und Kautschukfabrikate mitverarbeitende Industrien würde eine volle Versorgung mit Rohkautschuk befruchtend und wirtschaftsaufbauend einwirken. Daneben aber, und das ist unter heutigen Umständen besonders wichtig, würde unsere Großindustrie in kürzester Frist imstande sein, namhafte Mengen an Fabrikaten verschiedenster Art zu exportieren und damit dem Reiche ausländische Valuta zu schaffen. Nach den in den letzten Wochen von unserer Großindustrie eingezogenen zuverlässigen Erkundigungen besteht im Auslande eine rege Kauflust für die Erzeugnisse der deutschen Kautschukwaren-Industrie.

Andererseits würde für den Einkauf von Rohgummi ausländische Valuta vorerst nur in ganz geringen Beträgen, wenn überhaupt, benötigt werden. Infolge des ungeheuren Überflusses an Rohgummi würde der Wettbewerb der Weltmärkte um den Absatz nach Deutschland die Preise und die Zahlungsbedingungen außerordentlich günstig gestalten. Die Spekulation auf Besserung unserer Valuta würde das Ausland zu langfristigen Krediten anregen; Konsignationssendungen und Kommissionsläger von Rohgummi würden sehr bald am Hamburger Markt bzw. im Hamburger Freihafen eintreffen und eine schnelle und billige Versorgung der deutschen Industrie ermöglichen, den Export deutscher Exzeugnisse nach Übersee im Austausch begünstigen und damit die übrige deutsche Industrie und den deutschen Handel anregen und befruchten. Die damit verbundenen Kommissions-, Speditions-, Versicherungs- und manche andere Verdienste würden der deutschen Volkswirtschaft zugute kommen, anstatt dem neutralen Zwischenhandel.

Der bislang von den Reichsbehörden erhobene Einwand, daß zuviel Ware gekauft und unsere sehr beschränkten Mittel unnötig und volkswirtschaftlich schädigend festgelegt werden könnten, ist unter den für Kautschuk obwaltenden Umständen durchaus unrichtig und hinfällig, das Gegenteil dürfte nach vorstehenden Ausführungen zutreffen. Kein Fabrikant, kein Fachkaufmann wird sich bei der ständig wachsenden Erzeugung und den ständig weichenden Preisen Waren auf Spekulation unnötig hinlegen. Für Außenseiter dürfte aber der unvermeid-

lich schnell eintretende Verlust und die Schwierigkeit der Beschaffung der Zahlungsmittel bzw. des Kredits das wirksamste Korrektiv sein.

Hält man die gebundene Wirtschaft, also die Beschränkung der Einfuhr, Beschlagnahme und Ablieferungspflicht, aufrecht, so wird ein großer Teil der deutschen Industrie sowie Einfuhr- und Fachhandel vergeblich, zahlreiche Arbeiter werden unbeschäftigt bleiben, der Export und damit die Möglichkeit, Valuta zu schaffen, außerordentlich beschränkt bleiben und der deutschen Volkswirtschaft werden unersetzliche Werte verloren gehen.

Eine restlose oder auch nur halbwegs wirksame Kontrolle der Einfuhr ist unter den heutigen beklagenswerten Verhältnissen für ein Produkt wie Kautschuk, das im Auslande überreichlich, im Inlande aber gar nicht vorhanden ist, dagegen in allen Wirtschaftszweigen dringendst benötigt wird, genau so undurchführbar, wie es unmöglich ist, Luft aus einem Vakuum fern zu halten, wenn der Behälter undicht ist. Schon die Erfahrungen während der Blockade beweisen, daß Rohkautschuk, aber auch Kautschukfabrikate mit elementarer Gewalt über alle Grenzen hereindrängen. Alle Verschärfungen der Kontrollen bewirken lediglich eine Erhöhung der Schieber- und Schleichhandelspreise, eine Erhöhung der Bestechungsgelder und eine ständig zunehmende Demoralisation und Korruption. Der Anreiz, Ware auf illegalem Wege hereinzuschaffen, würde ständig bleiben, und für zehn abgefaßte Schieber würden zwanzig neue wie Giftpilze aus dem Boden schießen. Die deutsche Kautschukindustrie und ihre Arbeiter aber müßten damit rechnen, daß auf diesem Wege oder aber dann auch auf erzwungen legalem Wege Fertigfabrikate vom Auslande hereinkämen und ihnen Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsverdienst wegnehmen würden.

Dahingegen ist nach den dem Handel bereits von verschiedenen Seiten aus dem Auslande von Übersee zugegangenen Nachrichten mit Konsignationen von Rohgummi, falls diese einer Zwangswirtschaft irgendwelcher Art unterliegen, unter keinen Umständen zu rechnen. Der inländische Bedarf wird sich aber trotz aller Verbote die nötigsten Waren beschaffen, kein Gesetz, keine Strafandrohung wird ihn unter heutigen Umständen daran hindern; natürliche Notwendigkeiten setzen sich nun einmal über papierne Verordnungen hinweg, sei es auch auf unwirtschaftlichem Wege, ganz besonders aber, wenn diese Behinderungen als unnötig und schädlich empfunden werden.

Diese Erwägungen mögen sich die zuständigen Reichsbehörden, aber auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Industrie und des Handels in letzter Stunde noch einmal vor Augen halten, bevor sie ihre verantwortungsvolle Entscheidung treffen.

Max Koch

England

Außenhandel im 1. Halbjahr 1919 — Southportkonferenz und andere Arbeiterfragen — Kohlenprobleme.

Der Juniausweis über den Außenhandel gibt zugleich die zusammenfassenden Zahlen für das erste Halbjahr 1919 und ermöglicht so den Vergleich der ersten größeren Periode unter Waffenruhe mit der entsprechenden Kriegszeit in 1918. Der Vergleich läßt deutlich erkennen, daß die in den Vormonaten beobachtete günstige Außenhandelsentwicklung — starke Zunahme der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr bei nur geringerer Zunahme der Einfuhr — auch im Juni angehalten hat. Wenn die Juniausfuhr nur wenig die im Mai übertrifft, so ist zu bedenken, daß der Juni um vier Werktage hinter dem Mai, (ferner um zwei hinter Juni 1918) zurückstand, so daß also die Tendenz zu weiterer Steigerung der Ausfuhr unverkennbar ist. Die Wertzahlen lauten in Mill. £:

	Gesamteinfuhr	Wiederausfuhr	Nettoeinfuhr	Ausfuhr (britische)
1. Halbj. 1919 ..	717,03	55,44	661,59	334,76
1. Halbj. 1918 ..	652,21	16,77	635,44	246,83
Juni 1919	122,95	11,95	111,00	64,56
Juni 1918	101,54	2,1	99,44	45,03
Mai 1919	135,60	11,45	124,15	64,31
Mai 1918	125,91	3,40	122,51	44,97

Die Einfuhr für den Eigengebrauch (Nettoeinfuhr) ist im ersten Halbjahr 1919 nur um 2½ % gegen 1918 gestiegen, die Ausfuhr dagegen um 35 %. Die stärkere Zunahme der Gesamteinfuhr ist eben durch vermehrte Wiederausfuhr fast ausgeglichen, also in der Hauptsache auf die Wiederbelebung des englischen Warenvermittlungsgeschäfts zurückzuführen. Im übrigen mögen einige Zahlen für den Junimonat zeigen, daß die Steigerung der Außenhandelswerte in der Einfuhr besonders bei industriellen Rohstoffen, in der Ausfuhr bei Fertigfabrikaten und Kohle in die Erscheinung tritt. Die Zunahme betrug in Mill. £:

Einfuhr:		Ausfuhr:	
Holz	+ 2,25	Kohle u. Brennstoffe	+ 3,89
Rohbaumwolle	+ 2,49	Eisen u. Stahl u. Waren daraus	+ 1,47
Rohwolle	+ 7,87	Baumwollwaren	+ 2,34
Leder u. Lederwaren	+ 2,70	Wollwaren	+ 4,33

Ganz abgesehen von der Bedeutung, die diese Tatsache für die Beurteilung des Zustandes der englischen Exportindustrie hat, ist auch dadurch das Passivsaldo der Zahlungsbilanz von 382,56 auf 327,83 zurückgegangen, immerhin noch eine erkleckliche Summe.

Am 25., 26. und 27. Juni fand in Southport die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei Englands statt. Fast 1000 Delegierte von Gewerkschaften, Betriebsräten, lokalen Parteiorganisationen und sozialistischen Verbänden waren erschienen und vertraten im ganzen rund 3 Mill. Arbeiter. Gleich in seiner Eröffnungsrede ging der Vorsitzende McGurk ausführlich auf die Stellung der Arbeiterpartei zum Friedensvertrag ein und betonte, daß diesem nach Ansicht der englischen Arbeiterschaft mancherlei Mängel anhafte, deren Heilung er, wie auch Ramsay Macdonald in der baldigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sah. Ramsay Macdonald sprach so gemäßigt, daß sich sogar die Times mit seinen Ausführungen einverstanden erklärt hat. Die in den Reden zum Ausdruck gelangte Auffassung klang in der einstimmig gefaßten Resolution wider:

> „Da Deutschland jetzt den Friedensvertrag unterzeichnet und dadurch die Möglichkeit der gemeinsamen Arbeit mit den Demokratien der Welt eröffnet hat, ist die Konferenz der Ansicht, daß die schleunige Zulassung Deutschlands zu dem Völkerbund und die sofortige Revision der harten Friedensbedingungen — da sie unvereinbar mit den durch die verbündeten Regierungen zurzeit des Abschlusses des Waffenstillstandes gemachten

Erklärungen sind —, sowohl aus Gründen der Ehre wie des Vorteils wesentlich ist. Und darum ruft die Konferenz die Arbeiterbewegung und zugleich auch die Internationale auf, einen energischen Feldzug einzuleiten, um die Unterstützung der öffentlichen Meinung für diese Politik zu gewinnen, und zwar als ersten Schritt zur Wiederversöhnung der Völker und der Eröffnung einer neuen Zeit internationaler Zusammenarbeit und allgemeinen Wohlwollens.

Diese Resolution dürfte in der Tat auch dem chauvinistischsten Imperialisten nicht zu nahe treten. Ferner waren auf dem Kongreß zweifellos die Verhandlungen über die „Action directe" und insbesondere die Frage des Generalstreiks zur Erlangung politischer Ziele von großer Bedeutung. Als die Kohlenarbeiter dieses Frühjahr vor die Frage gestellt wurden, ob sie sich an den Arbeiten der Sankeykommission beteiligen wollten oder nicht (vgl. Nr. 15), faßten sie eine Resolution, in der die Forderung aufgestellt wurde, daß die englischen Truppen, die gegen das Sowjet-Rußland operieren, zurückgezogen würden; eine Forderung, die mit den Mitteln des Generalstreiks durchgesetzt werden solle. Die radikalen Elemente der englischen Arbeiterschaft, zu denen vor allen Mr. Smillie gehört, haben im Sinne dieser Forderung weiter agitiert. Die Agitation ist zum Teil von gutem Erfolg begleitet gewesen; der Versuch der Regierung, ihr den Boden dadurch zu entziehen, daß sie nur Freiwillige nach Rußland schickt, ist natürlich nicht geeignet, die englischen bolschewistischen Kreise zu beruhigen. Auf der Southport-Konferenz kam die Frage daher wiederholt zur Sprache. Im Gegensatz zu Smillie, der die Ansicht vertrat, daß auch alle politischen Ziele letzten Endes wirtschaftlicher Natur seien, ging Clynes, wie auch andere Redner davon aus, daß man doch die politische Vertretung anerkannt habe und es nicht angehe, sie nun, da man nicht mit ihr zufrieden sei, über Bord zu werfen.

Clynes verwies bei dieser Gelegenheit auf die (allerdings trotz ähnlicher Hoffnungen von Henderson wohl kaum sich verwirklichende) Möglichkeit einer baldigen Parlamentsneuwahl und kommenden Arbeitermehrheit. Diese würde in eine äußerst schwierige Lage geraten, falls dann etwa Arbeiterminoritäten oder Bürgerliche ihrerseits das Mittel des Generalstreiks sich zunutze machen würden. Der politische Generalstreik sei ein ganz undemokratisches Kampfmittel und würde den Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken im Gefolge haben; und, was nicht am geringsten zu veranschlagen sei, er würde die Organisation der Gewerkschaften sprengen, denn wie die Parlamentswahlen gezeigt hätten, ständen die Arbeiter nicht geschlossen hinter den Smillieschen Forderungen. Die Konferenz hat schließlich einen Kompromißvorschlag zwischen Gemäßigten und Radikalen mit 1 893 000 gegen 935 000 Stimmen angenommen:

„Der nationale Exekutivausschuß der Arbeiterpartei möge mit dem parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftskongresses in Beratung eintreten und wirksame Maßregeln ergreifen, um die Durchführung der Forderungen: sofortige Einstellung der Operationen gegen Sowjet-Rußland und die Abschaffung der Zensur, unter rückhaltloser Anwendung der politischen und industriellen Machtmittel zu erzwingen."

Prinzipiell hat also der Kongreß einen Präzedenzfall für die Anwendung gewerkschaftlicher Mittel für politische Zwecke geschaffen; das ist zweifellos für die Zukunft von Bedeutung, im Augenblick aber dürften, bei dem langsamen Arbeiten der in Frage stehenden Kommissionen der Regierung keine Schwierigkeiten aus dieser Entschließung entstehen. Endlich sei noch aus den Verhandlungsgegenständen die Frage des 24stündigen Proteststreiks gegen den Versailler Frieden erwähnt. Der Kongreß beschloß an Stelle des Streiks Protestversammlungen zu veranstalten; auch hier scheuten sich offensichtlich die Arbeiterführer vor einer Kraftprobe.

Der zunehmende Rückgang der Arbeitslosigkeit — auch die Zahl der arbeitslosen Soldaten, von denen schon über drei Millionen in die Heimat zurückgekehrt sind, nimmt ab — hat im allgemeinen Ruhe auf dem Arbeitsmarkt veranlaßt und es ist im Juni nur zu einem größeren Konflikt gekommen: dem Streik in der Manchester Textilindustrie, der um eine Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Erhöhung der Löhne geführt wurde. Die Arbeiterschaft verharrte zum erheblichen Teil im Streik, auch nachdem die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern ein Kompromiß abgeschlossen hatten. Eine solche Disziplinlosigkeit ist von symptomatischer Bedeutung.

Es ist kaum anzunehmen, daß die relative Ruhe von Dauer sein wird; lang verschleppte Probleme kommen im Juli zum Austrag, vor allem die Frage der Verstaatlichung industrieller Unternehmen. Das Unterhaus hat in zweiter und dritter Lesung die Transport-Vorlage (Transportation Bill) einstimmig angenommen; diese sieht die Kontrolle und Leitung der Bahnen unter Staatsaufsicht und evtl. ihre Verstaatlichung vor. Obschon Adamson für die Arbeiterpartei bei der zweiten Lesung ausführte, er und seine Freunde betrachteten den Gesetzentwurf nicht als eine Abschlagszahlung auf die Verstaatlichung und Sir Eric Geddes, der zukünftige Verkehrsminister erklärt hat, die Regierung sehe in der Bill den einzigen Ausweg aus der Verstaatlichung herauszukommen, ist gleichwohl die Vorlage ihrem ganzen Wesen nach ein Stück Staatssozialismus. Daß die Arbeiter im Grunde auch davon überzeugt sind, geht schon daraus hervor, daß sie gegen die Ausnahmestellung der Londoner Docks und des Manchester Ship Canals, die unter der gegenwärtigen Verwaltung verbleiben, so lange sie befriedigend arbeiten, aufs lebhafteste protestieren. Auch bei Sir Eric Geddes' Ausführungen ist zu bedenken, daß es ihm daran lag, die Vorlage dem Unterhause schmackhaft zu machen.

Es ist kein Zweifel, daß die Transportation Bill auch im Oberhaus Zustimmung finden und schließlich Gesetz werden wird;*) weniger feststehend ist das endgültige Schicksal der Kohlengruben. In Nr. 27 wurde mitgeteilt, daß nach einer Aufstellung des Kohlenkontrolleurs, die ein Defizit von 4 s 6 d je ton nachweist, eine Erhöhung des Kohlenpreises notwendig wird. Am 9. Juli erklärte die Regierung, daß vom 16. Juli ab diese Erhöhung Platz greifen würde und zwar solle sie nicht 4 s 6 d sondern 6 s betragen. Das Parlament war konsterniert. Eine große Debatte wurde für den 14. Juli anberaumt; inzwischen hat aber schon die Arbeiterschaft und auch die Industrie in Protestkundgebungen und Interviews Stellung genommen. Am 12. Juli vertrat Adamson, der Vorsitzende der Arbeiterfraktion im Parlament, auf der Jahresversammlung der Miners' Federation in Morpeth den Standpunkt, nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe seien für die Erhöhung des Kohlenpreises bei der Regierung maßgebend gewesen. Sie wolle damit den Beweis erbringen, daß die Sankeyvorschläge zum Ruin des ganzen Landes führten und die arbeitenden Klassen aufs schwerste belasteten. Aber gerade die Durchführung dieser Vorschläge werde die Erhöhung des Preises unnötig machen. Ähnlich andere Redner. Als Mittel zur Erzwingung der Verstaatlichung wurde der Generalstreik gefordert.

*) Über die Gründe zur Bill vergl. auch Nr. 6.

Daß übrigens die Erhöhung des Kohlenpreises um 6 s den Todesstoß für den englischen Handel bedeuten würde, wird ziemlich allgemein zugegeben. Dagegen steht der „Economist" auf dem Standpunkt, daß der neue Schritt der Regierung mit Freuden zu begrüßen sei, weil sie den tatsächlichen Verhältnissen damit gerecht würde; wenn die Gruben mit Defizit arbeiteten, müsse eben der Preis erhöht werden. Vorläufig würden die englischen Produkte noch notwendig gebraucht, und es sei zu hoffen, daß eine Steigerung der Produktion eine Herabsetzung des Preises in Kürze möglich machen werde. Auf die Gründe, die zur Heraufsetzung geführt haben, geht der „Economist" nicht ein; sie sind neuerdings dem englischen Parlament und dem Publikum durch ein Weißbuch bekanntgegeben worden; dieses stützt sich im wesentlichen auf die Zahlen des Kohlenkontrolleurs, die wir in Nr. 27 wiedergegeben haben. Die Richtigkeit dieser Zahlen und ihre Zuverlässigkeit wurde in der Parlamentsdebatte am 14. Juli von keiner Seite angezweifelt. Bei der Besprechung der Statistik betonte Sir Auckland Geddes aufs nachdrücklichste, daß ein wesentlicher Teil der Schuld an dem Rückgang der Förderung den Arbeitern zur Last falle; diese glaubten, wenn ein Arbeiter weniger täte, bliebe für die andern mehr zu tun übrig, genau das Gegenteil sei der Fall: Je weniger einer leiste, desto weniger Arbeitsgelegenheit hätten die anderen. Aber neben der Schuld der Arbeiter seien auch äußere Umstände zu berücksichtigen. An 40 Gruben wurden z. B. wöchentlich nur 700 Wagen zur Abfuhr von Kohlen bereitgestellt, während im Jahre 1913 weit über 10 000 gebraucht worden waren. Der Grund dieses Wagenmangels sei auf die Einführung des Achtstundentages in den Eisenbahnen zurückzuführen, durch den das schnelle Abladen und Abrollen unmöglich werde.

Viele andere Umstände kämen hinzu, und die Lage sei so gefährlich, wie kaum im ganzen Verlauf des Krieges. Besonders sei die Konkurrenz Amerikas zu befürchten, das Kohle zu 20 s f. o. b. atlantische Häfen zu liefern in der Lage sei, während die schottische Kohle gegenwärtig 22 s 11 d und die englische 23 s 9 d an der Grube koste; aber nicht nur mit Kohle, sondern auch mit Petroleum, dessen Heizkraft größer und Transportfähigkeit besser sei, müsse der Wettbewerb aufgenommen werden.

Geddes' Rede schien überzeugend zu sein. Brace (Arbeiterpartei) ging auf die von Adamson und anderen gemachten Vorwürfe politischer Motive nicht ein; er verlangte Besprechung zwischen Unternehmern und Kohlenarbeitern und sofortige vollständige Ausführung der Sankeyvorschläge und hoffte dadurch die Förderung heben zu können. Bis zu einem gewissen Grade mag er recht haben; denn es steht wohl außer Zweifel, daß die Organisation der englischen Wirtschaft durch überstürzte Einführung allzu vieler Reformen gelitten hat, und dies kommt eben auch beim Förderungsausfall der Kohle zur Geltung.

Zum Schluß der Sitzung ergriff Bonar Law zu einem Kompromiß-Vorschlag das Wort; er wolle die Erhöhung des Kohlenpreises um drei Monate verschieben, vorausgesetzt: 1. daß während dieses Zeitraumes keine Unterbrechung in der Arbeit und kein Streik stattfinde, 2. die Arbeiter sich für eine Erhöhung der Förderung einsetzten. Brace erklärte sich damit einverstanden, war aber nicht in der Lage, eine für die Kohlenarbeiter bindende Erklärung abzugeben; er verpflichtete sich, den Vorschlag der am 15. Juli in Keswick stattfindenden Konferenz der Kohlenbergarbeiter vorzulegen und der Regierung bis zum 17. Antwort zu geben. Darauf wurde die Erhöhung des Kohlenpreises vorläufig um eine Woche vertagt.

Inzwischen ist die Entscheidung gefallen. Die Arbeiterkonferenz hat sich fast einstimmig gegen die Annahme des Regierungsvorschlages ausgesprochen, weil sie befürchtet, die Regierung wolle den Arbeitern durch ihn nur die Waffe des Streiks entwinden, um in der Frage der Verstaatlichung der Kohlengruben freie Hand zu bekommen. Mit größter Spannung darf man darauf warten, wie sich die Regierung nunmehr aus der schwierigen Lage retten wird. Denn auf der einen Seite hat sie sich für die Verstaatlichung in gewisser Weise festgelegt, auf der anderen Seite hat sie das Parlament nicht hinter sich, wie aus einer Petition gegen die Verstaatlichung, die die Unterschrift von 300 Mitgliedern trägt, hervorgeht.

Dr. Th. Plaut

Frankreich

Die französische Eisenindustrie — Außenhandelsstatistik für das I. Vierteljahr — Petroleummonopol — Banken und Börse

Die Eisenindustrie in der zerstörten Zone beginnt mit verschiedener Stärke wiederaufzuleben. Während z. B. in Lille die Gießereien wieder fast völlig in Betrieb sind, haben in Roubaix, Tourcoing und Maubeuge nur einzelne Werke die Arbeit neu aufgenommen. Man führt hier Klage über die geringe Bereitwilligkeit, mit der das „Comptoir central des achats" für die Lieferung der bestellten Maschinen sorgt. Ebenso fehlt es hier den Maschinenfabriken an Werkzeugen. Die Werke von Fives-Lille beschäftigen augenblicklich rund 1500 Arbeiter in allen Zweigen des Betriebs. Die französische Eisenindustrie wird durch die Wiedergewinnung der lothringischen Erzlager mit erhöhtem Nachdruck vor die Frage gestellt, ob sie weiter die Erzausfuhr im selben oder gesteigerten Maß zulassen wird oder ob sie selbst zur Verarbeitung der eigenen Erzerzeugung übergehen will bzw. kann. Der hohe Schutzzoll der Friedenszeit von 30 % hat die Unternehmungslust gelähmt und das Streben nach Absatzmärkten unterbunden. Jetzt kommen zwar Bestellungen genug, aber die französischen Preise sind nicht konkurrenzfähig. Während die französischen Stahlwerke für Stahl 80 fr, für Flußstahl 125 fr je 100 kg verlangen, bieten die Engländer die fertigen Fabrikate zu 70 bzw. 80 fr fob englische Häfen an.

Die Außenhandels-Wertstatistik für das 1. Vierteljahr 1919 zeigte gegen die gleiche Zeit des Vorjahres eine Steigerung der Einfuhr um fast 20 %, während die Ausfuhr leicht zurückgegangen ist mit Ausnahme der Fabrikate, die eine gewisse Zunahme aufweisen. Für Januar stellen sich Aus- und Einfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten wie folgt (in 1000 fr):

	Januar 1918	Januar 1919
Rohstoffe:		
Einfuhr	2 082 139	2 265 988
Ausfuhr	228 631	150 481
Fertigfabrikate:		
Einfuhr	1 426 497	1 900 113
Ausfuhr	659 396	678 236

Der Finanzminister hat Ende Juni die Bewilligung des provisorischen Budgetzwölftels für die Ausgaben der Zivilverwaltung im Juli bei der Kammer beantragt. Da die Budgetberatung auf der Tagesordnung steht, hat die Regierung durch die Beschränkung der Kreditbewilligung auf einen Monat ihre Zuversicht zeigen wollen, daß die Verabschiedung des Budgets vor Ende Juli erfolgt.

Zu gleicher Zeit ist der Kammer ein Gesetzentwurf über die Schaffung eines Petroleummonopols zugegangen, das den Kauf und die Einfuhr von raffinierten und Petroleum-Ölen einem dem Finanzministerium anzugliedernden Amt vorbehält, um die Handelsgewinne dem Staate zuzuführen. Die Raffinierung und der Großverkauf von Petroleum bleiben zwar noch frei, aber es sind Maßnahmen in Aussicht, um eine Beteiligung des Staates auch an den Gewinnen aus diesem Teil des Petroleumhandels sicherzustellen; der Ertrag des Monopols wird auf rund 35 Mill. fr veranschlagt.

Das „Comptoir d'Escompte de Paris" und der „Crédit Lyonnais" haben gemeinsam unter dem Namen „Union pour le Credit à l'Industrie nationale" eine Bank mit 25 Mill. fr Kapital gegründet, die zur Unterstützung von Unternehmungen mittlerer Größe und provinzieller Bedeutung bestimmt ist, die nicht auf den Pariser Markt zurückgreifen können.

Die Pariser Börse verfolgt die großen Ereignisse dieser Tage mit Aufmerksamkeit, aber ohne Leidenschaft. Die grundlegenden Leitsätze der Finanz-Orientierung scheinen ihr entweder unverändert oder, soweit neue Tatsachen in Frage kommen, vorübergehend. Dem vorübergehenden Charakter der Lage entsprechend, zeigt sie eine verhältnismäßige Gleichgültigkeit gegen das Geschäft und neue Engagements und eine fast völlige Unveränderlichkeit des Kurszettels.

P. M.

Kanada

Außenhandel — Handelskredite

Die kürzlich erschienene Jahresstatistik (abschließend mit 31. 3. 19) des kanadischen Außenhandels gewährt eine Übersicht über die Handelsentwicklung während der letzten Jahre. Es ist dabei im Auge zu behalten, daß das letzte Jahr nahezu zur Hälfte schon in die Periode des Waffenstillstandes fällt. Die Handelsbilanz, die während des Krieges einen stetig wachsenden Ausfuhrüberschuß ergab, hat sich erwartungsgemäß im letzten Jahre weniger günstig entwickelt.

Rechnungsjahr v. 1. 4. bis 31. 3.	Ausfuhr in Mill. $	Einfuhr in Mill. $	Ausfuhrüberschuß in Mill. $
1914/1915	409,4	455,4	— 46
1915/1916	741,6	507,8	+ 233,8
1916/1917	1151,4	845,3	+ 306,1
1917/1918	1540,0	962,5	+ 577,5
1918/1919	1207,6	916,4	+ 291,2

Sowohl Einfuhr wie Ausfuhr haben demnach im letzten Jahrn einen Rückschlag erlitten, letztere aber in einem Besorgnis erregenden Maße; man erkennt daran, wie sehr das bisherige Wachstum des Ausfuhrüberschusses von den durch den Krieg veranlaßten Ausfuhren und Preissteigerungen bewirkt war.

Wir wollen zur weiteren Untersuchung der Frage die Ausfuhrzahlen weiter zerlegen.

Ausfuhr nach Wirtschaftszweigen (in Mill. $):

	Bergbau	Fischerei	Holz	Viehzucht	Ackerbau	Industrie	Verschiedene
1914/15	51,7	19,7	42,7	74,7	134,7	85,5	0,7
1915/16	66,6	22,4	51,3	102,9	249,7	242,0	6,8
1916/17	85,6	24,9	55,9	127,8	373,4	477,4	6,4
1917/18	73,8	32,6	51,9	172,7	567,7	636,6	4,7
1918/19	77,4	37,1	70,0	197,8	269,8	549,3	6,1

Den Bergbau Kanadas habe ich erst kürzlich (vgl. Nr. 26) eingehend behandelt, so daß ich hier nicht weiter auf die Zahlen eingehen will. Die Zahlen der Fischerei zeigen eine Zunahme von 4,5 Mill. $ gegen das Vorjahr. Der für Kanada wichtigste Fisch ist der Lachs und zwar hauptsächlich die an der Westküste gefangene Varietät Oncorhynchus. Zum Export kommt meistens Büchsenlachs. Die Erhöhung des Ausfuhrwertes (1916/17 6,3 — 1917/18 8,5 — 1918/19 10,3) ist hauptsächlich einem Preisanstieg zuzuschreiben, da die Menge von 49 Mill. lbs in 1916 auf 48 Mill. lbs in 1919 gefallen ist. Der Export von Büchsenhummer zeigt einen bedenklichen Rückgang von 9,3 Mill. lbs (Wert 3,6 Mill. $) in 1917 auf 4,9 Mill. lbs (Wert 2,2 Mill. $) in 1919 Die Industrie ist, infolge der zu stark betriebenen Raubfischerei, sehr stark seit dem Jahre 1900 zurückgegangen. Nicht weniger als 275 „Canneries" (Fabriken für Fischkonserven) haben seit diesem Jahre den Betrieb einstellen müssen. Zufriedenstellend war der Export von Dorsch und Schellfisch.

Der auf 500 Mill. acres geschätzte Waldbestand Kanadas wird (nach Heaton's Manual 1919) nur übertroffen von dem Holzbesitz Rußlands und der Vereinigten Staaten. Kanada exportierte für 34 Mill. $ geschnittene Bretter, davon für nicht weniger als 31 Mill. nach den Vereinigten Staaten. Dasselbe Land ist auch der alleinige Abnehmer des zur Holzschliffherstellung bestimmten Holzes, von dem für 15,4 Mill. $ exportiert wurden. Der Export von chemischem Holzschliff (Sulphitschliff) ist von 14 Mill. $ in 1917 auf 30,2 Mill. in 1919 gestiegen, von dem die Vereinigten Staaten 90 % und den Rest nahezu ganz Japan aufnahm. Dagegen wies der mechanisch hergestellte Holzschliff mit 4,5 Mill. $ (Export nach den Vereinigten Staaten) im letzten Rechnungsjahr einen Rückgang von 2 Mill. gegen das Vorjahr auf.

Die Ausfuhr von Rindvieh hat sich Zahl und Wert nach in den letzten Jahren bedeutend gehoben. Auch hier geht soviel nach den Vereinigten Staaten, daß die anderen Länder überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Die Ausfuhr betrug:

	Anzahl			Wert (in 1000 $)		
Rindvieh	1916/7	1917/8	1918/9	1916/7	1917/8	1918/9
(über ein Jahr alt)	107 011	146 036	271 579	6 959	13 449	29 346

Dagegen ist die Anzahl exportierter Pferde bedeutend zurückgegangen. Im letzten Jahre wurden nur 10 438 (gegen 16 457 in 1917/8) im Werte von 2,3 Mill. $ (gegen 3,1 in 1917/8) exportiert, davon 7278 nach England. Hier hat der Export nach den Vereinigten Staten bedeutend nachgelassen.

Mit den für die ganze Welt sehr wichtigen Ackerbauverhältnissen von Kanada wollen wir uns demnächst in einem besonderen Artikel beschäftigen. Hier sei nur kurz angeführt, daß im Jahre 1918 zwar 17,4 Mill. acres mit Weizen bepflanzt waren gegen 14,8 i. V., daß aber der Ertrag von 1918 nur 210 Mill. Bushels gegen 237 in 1917 betrug. Der schlechte Durchschnittsertrag von 12 Bushels je acre in 1918 gegen 15,75 Bushels in 1917 und 17,1 Bushels in 1916 wird in den offiziellen Berichten den durch Dürre und kaltes Wetter im Juli verursachten Mißernten in den Prairieprovinzen zugeschrieben. Mit Hafer waren 1918 14,8 Mill. acres bestanden. Ertrag: 457 Mill. Bushels, was einen Durchschnittsertrag von 31 Bushels je acre gibt, gegen 30,25 im Vorjahre. Die Ausfuhr der wichtigsten Getreidearten*) betrug:

Gerste:	Menge in 1000 Bushel			Wert in 1000 $		
Ausfuhr nach	1916/7	1917/8	1918/9	1916/7	1917/8	1918/9
England	9 056	5 753	2 213	7 299	6 821	3 330
Verein. Staaten	501	1 094	165	377	1 381	283
Niederlande ...	124	—	86	124	—	151
Ander. Ländern	—	—	994	—	—	1 461
Summe .	9 681	6 847	3 458	7 800	8 202	5 225

*) Angaben zur Umrechnung: 1 Hundredweight (cwt) = 45,36 kg. 1 Bushel Gerste = 21,77 kg. 1 Bushel Hafer = 14,52 kg. 1 Bushel Weizen = 27,22 kg.

Hafer:						
England.....	52 308	32 157	8 449	26 510	22 218	7 312
Verein. Staaten	3 298	7 041	768	1 420	4 514	647
Frankreich	8 178	14 304	6 090	4 530	9 838	4 885
Ander. Ländern	2 584	1 476	2 523	1 458	1 074	2 301
Summe .	66 369	54 878	17 830	33 918	37 644	15 145
Weizen:						
England.....	152 043	123 385	36 883	193 697	303 776	85 697
Verein. Staaten	18 200	23 538	1 992	23 736	53 562	4 204
Frankreich	10 621	1 051	1 236	16 103	2 739	2 928
Italien	4 805	217	1 039	5 656	543	2 562
Ander. Ländern	3 975	2 201	224	5 203	5 722	514
Summe..	189 644	150 392	41 374	244 395	366 342	95 905

Unter den exportierten Mehlarten nimmt Weizenmehl eine hervorragende Stellung ein, daß wir unsere Zahlenangaben hierauf beschränken wollen.

Der Export betrug in 1000 $:	1916/17	1917/18	1918/19
	47 473	95 896	99 837

Im letzten Berichtsjahre wurden davon für 56 Mill. $ nach England gesandt. Daß das englische Mühlengewerbe diesem Import nicht gerade freundlich gegenübersteht, wurde kürzlich (Nr. 27, S. 523) erwähnt.

Der Käseexport hat sich mit 35 Mill. $ auf der Höhe der Vorjahre gehalten, während der Eierexport, der noch 1917 5,2 Mill. Dutzend umfaßte, auf nur 700 000 Dutzend (Wert 381 000 $, also rund 55 cents je Dutzend) gefallen ist. Dagegen ist für 7 Mill. $ kondensierte Milch exportiert worden. Für diesen Artikel sind die Ausfuhrzahlen in raschem Steigen begriffen. Die Hauptausfuhr geht nach England.

Die Speckausfuhr betrug 1916/17 207, 1917/18 200 und 1918/19 119 Mill. lbs. Außerdem wurden 1918/19 noch 35 Mill. lbs eingesalzenes Schweinefleisch ausgeführt. Sehr gehoben hat sich die Ausfuhr von Rindfleisch. Im Berichtsjahr wurden 125 Mill. lbs im Werte von 26 Mill. $ ausgeführt, davon etwa 3/4 nach England. Die gesamte Fleischausfuhr stellt sich auf (in 1000 $):

Bezugsland:	1916/17	1917/18	1918/19
England	49 328	67 110	72 820
Vereinigte Staaten	1 455	3 479	8 916
Andere Länder...	3 365	9 310	3 060

Aus diesen und den vorher mitgeteilten Zahlen erhellt, ein wie gewichtiger Faktor Kanada als Versorger des Weltmarktes mit Lebensmitteln jetzt schon ist und noch mehr in Zukunft zu werden verspricht. Früher hieß Kanada nur das „Land der Pelze". Heute ist aber die immerhin stattliche Ausfuhr von 13,5 Mill. $ (gegen 8 i. V.) gegen andere Artikel sehr in den Hintergrund getreten.

Die enorme Entwicklung der industriellen Ausfuhrzahlen verdankt Kanada zwei Umständen: einmal der Fabrikation von Munition, ein andermal der großen Preissteigerung. Patronen und Explosivstoffe wurden ausgeführt:

	1916/17	1917/18	1918/19
in Mill. $	281,2	386,3	247,4

Dieser gewaltige Posten dürfte in Zukunft vollständig verschwinden. Inwieweit das Steigen der Preise für das Anschwellen der Zahlen verantwortlich ist, geht aus folgenden Angaben hervor. Im Jahre 1917 (wo doch die Preise gegen die Friedenszeit sehr hoch standen) wurden 277 Mill. Zigaretten ausgeführt, mit einem Durchschnittswert von 1,72 $ je Tausend, dagegen betrug der Durchschnittswert für das letzte Jahr 3,19 $. Ähnliche Preissteigerungen haben wir in der für Kanada sehr wichtigen Papierindustrie.

Druckpapier:	je cwt in $	Menge in 1000 cwt	Wert in 1000 $
1916/17....	2,18	10 806	23 594
1917/18....	2,81	12 102	33 978
1918/19....	3,07	13 249	40 718

Es sei erwähnt, daß Kanada im Berichtsjahr 64 Schiffe im Werte von 19,4 Mill. $ an andere Länder verkauft hat.

Nach Ausfuhrländern gibt sich folgende interessante Übersicht der Ausfuhr industrieller Erzeugnisse:

	Wert in Mill. $			% der Gesamtausfuhr		
	1916/7	1917/8	1918/9	1916/7	1917/8	1918/9
England.....	742,1	845,5	531,9	64,5	54,9	44,0
Verein. Staaten	280,6	417,8	454,9	24,4	27,1	37,7
Andere Länder	128,6	276,7	220,8	11,1	18,0	18,3

Während also Englands Handel mit Kanada starke Einbuße erlitten hat, ist der Handel mit den Vereinigten Staaten absolut und prozentual sehr in die Höhe gegangen. Es wird allgemein angenommen, daß sich dieses Verhältnis in den kommenden Jahren weiter versteifen wird. Sehr starken Schwankungen ist die Ausfuhr nach Frankreich ausgesetzt. Sie betrug 1916/7 64 Mill. $, stieg 1917/8 auf 201,1, um 1918/9 auf 96 zu fallen. Von anderen Bestimmungsländern wären nur Britisch-Südafrika mit 12 Mill. $, Italien mit 13,2 Mill. und Japan mit 12,2 Mill. zu erwähnen.

Was die Einfuhr von den Vereinigten Staaten nach Kanada angeht, so ist der Anteil dieses Landes so weit überwiegend, daß andere Länder überhaupt kaum ins Gewicht fallen.

von	Einfuhr in Mill. $			% der Gesamteinfuhr		
	1916/7	1917/8	1918/9	1916/7	1917/8	1918/9
England.....	107,1	81,3	73,0	12,7	8,4	8,0
Verein. Staaten	664,2	791,9	746,9	78,6	82,3	81,5
Ander. Ländern	74,0	89,3	96,5	8,7	9,3	10,5

Während also im Handel mit England 1918/9 Kanada für 458,9 Mill. $ mehr Güter ausgeführt als bezogen hat, bleibt nur ein Ausfuhrüberschuß von 292 Mill. $ zugunsten von Kanada im Handel mit den Vereinigten Staaten. Unter den „Anderen Ländern" spielt im Berichtsjahre nur Indien mit 8,4 Mill. $, Japan mit 13,6 Mill. und Neu-Seeland mit 7,9 Mill. eine erwähnenswerte Rolle.

Für den Rückgang der Einfuhrzahlen gegen das Vorjahr ist die Beendigung des Krieges verantwortlich. Der umfangreiche Posten „Artikel für Heer und Marine" zeigt folgende Zahlen in Mill. $:

1916/7	1917/8	1918/9
149,9	130,8	50,7

Die Haupteinfuhr nach Kanada erstreckt sich, abgesehen von Kohle, hauptsächlich auf Halbfabrikate und Fertigfabrikate. Wir geben eine Zusammenstellung der wichtigsten Artikel für die letzten 3 Jahre.

Einfuhr (in 1000 $) Artikel	1916/7	1917/8	1918/9
Anilinfarben	1 848	1 703	2 026
Baumwollwaren	51 139	58 923	73 378
Eisenwaren	125 614	159 309	161 619
Elektrische Apparate	6 342	11 046	11 006
Flachs-, Hanf- und Jutewaren ...	10 158	11 511	13 513
Früchte und Nüsse	18 773	22 965	25 183
Glaswaren	4 099	5 239	5 231
Hölzer und Holzwaren	11 490	14 616	18 925
Mineralöl	14 484	23 506	29 589
Musikinstrumente	2 554	3 707	3 164
Pflanzenöl	6 892	11 307	15 636
Seide und Seidenwaren	13 757	14 943	21 184
Wolle und Wollwaren	42 467	35 087	40 168
Zinn und Zinnwaren	10 317	15 241	15 131
Zucker, Syrup, Melasse	34 380	39 485	39 493

*

Was nun die Zukunft des kanadischen Handels angeht, so muß unbedingt mit einem bedeutenden, weiteren Rückgang gerechnet werden. Ein sicher zum Optimismus neigender Gewährsmann, Lloyd Harris, Vorsitzender der kanadischen (Handels-)Mission in England, sagt in einem lesenswerten Artikel „The New Canada" („The Empire Review", Mai 1919): „.... Zur Zeit des Abschlusses des Waffenstillstandes hatte Kanada eine Periode geradezu uner-

hörter Blüte der Industrie zu verzeichnen. Diese verdankte das Land erstens der Herstellung von Munition, zweitens der Notwendigkeit Waren herzustellen, die vorher aus dem Auslande eingeführt worden waren. Nichtsdestoweniger muß man zugestehen, daß diese Blüte künstlich war und mit dem Aufhören des Krieges zum Absterben kommen mußte." Diese Ausführungen decken sich völlig mit unsern eigenen (vgl. Nr. 14 u. 24), wenn sie auch durchaus im Widerspruch zu vielen lokal-kanadischen Ansichten stehen, nach denen Kanada endgültig in die Reihe der größten Handelsmärkte eingetreten ist. Die Regierung von Kanada hat jedenfalls beschlossen, wie aus den Ausführungen von Harris hervorgeht, den während des Krieges in Kanada neu eingeführten Industrien durch folgende Maßnahme in den schwierigen bevorstehenden Zeiten zu helfen. Die Regierung wird anderen Regierungen langfristige Kredite gewähren, in der Form, daß die kanadische Regierung ihre einheimischen Produzenten für die nach dem betreffenden anderen Land auszuführenden Güter bezahlt. Der Staat, in den die Güter eingeführt werden, übernimmt die Schuld für seine Konsumenten. Die ganze Transaktion wird in Form einer Anleihe an die Einkaufsländer vorgenommen. Daß eine derartige Anleihe in der Höhe von 25 Mill. $ schon an Rumänien am 9. 6. gewährt worden ist, wurde bereits in unserem Blatte (Nr. 27, S. 520) erwähnt. Die Verhandlungen werden von der erwähnten kanadischen Mission unter Harris geführt, der zu diesem Zweck nach London entsandt ist. Harris erwähnt, daß Verhandlungen mit Griechenland und Serbien schweben. Einer anderen Quelle („France-Amérique" 1. 6. 19) entnehmen wir, daß auch Belgien und Frankreich zu den Ländern gehören, die eine solche Anleihe übernommen haben, und daß sogar England selber die doppelte Summe für sich reserviert hat, die lediglich dazu dienen soll, kanadisches Holz nach England einzuführen. Harris betont am Schlusse seiner Ausführungen, daß die Kanadische Mission (Adresse: London 1, Regent Street 1) zwar nicht als Ein- oder Verkaufsagentur für kanadische Güter zu betrachten ist, aber trotzdem jeden, der über die Lage des Marktes in Kanada von speziellen Waren orientiert zu sein wünscht, gern Auskunft geben wird. Das bezieht sich auch auf Länder resp. deren Angehörigen, mit denen die politische oder ökonomische Lage es nicht erlaubt, Generalkredite abzuschließen, die aber doch mit Kanada Handel zu treiben wünschen.

Dr. Kurt Loewenfeld

Brasilien

Wechselkurs und Finanzmaßnahmen.

Wenngleich schon auf Grund des Waffenstillstandes mit einer mählichen Besserung der brasilianischen Valuta gerechnet werden konnte, so muß doch in Anbetracht der schwachen Aktivität der letztjährigen Handelsbilanz und angesichts der durchaus nicht rosigen finanziellen Lage Brasiliens der gegenwärtige hohe Stand und die anhaltende Festigkeit des Wechselkurses einigermaßen verwundern. Unter dem Einfluß der kriegerischen Begebenheiten hatte sich der in den Jahren 1910 bis 1913 durchschnittlich über 16 d tendierende Rio-Kurs für 90 Tage Sicht-Wechsel auf London in den letzten fünf Jahren folgendermaßen gestaltet (in Pence für 1 Milreis):

	Höchststand	Tiefststand	Durchschnittskurs
1914.....	$16^{1}/_{8}$	$10^{1}/_{4}$	$14^{21}/_{32}$
1915.....	$14^{3}/_{32}$	$11^{3}/_{4}$	$12^{19}/_{32}$
1916.....	$12^{25}/_{32}$	$11^{1}/_{4}$	$12^{3}/_{32}$
1917.....	14	$11^{19}/_{32}$	$12^{15}/_{16}$
1918.....	14	$11^{13}/_{16}$	$13^{3}/_{32}$

Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages auf den seit Jahresbeginn 1918 höchsten Stand schnellend, hielt sich der Kurs bis zur Jahreswende auf durchweg über $13^{1}/_{2}$ d, gab dann von Anfang Januar bis Ende März 1919 unter heftigen Schwankungen zeitweilig nach, zeigt aber seit Anfang April eine merkliche Erholung mit einer gewissen stetigen und leicht steigenden Tendenz. Am 1. 4. 19 notierte der Milreis $13^{3}/_{8}$, am 15. 4. $13^{23}/_{32}$, Ende April dagegen bereits $14^{3}/_{32}$ und beharrt seither, nachdem er am 23. Juni mit $14^{23}/_{32}$ seinen diesjährigen Höchststand erreicht hat, auf einem Durchschnittskurs von ungefähr $14^{1}/_{2}$ d. Die letzte uns bekannt gewordene Notierung vom 15. Juli lautet auf $14^{15}/_{32}$ d. Sie zeigt, daß die Stabilität des Kurses auch weiterhin anhält.

Wie erklärt sich nun dieser verhältnismäßig hohe Stand des brasilianischen Wechselkurses? Der sonst in erster Linie für die Kursbewegung maßgebende Faktor, die Lage des Außenhandels, genügt in diesem Falle nicht zu ausreichender Erklärung. Denn der Aktivsaldo der Handelsbilanz von 1918 (vgl. S. 473) wies mit 148 Mill. Milreis gegenüber 1917, um 207 Mill. Milreis weniger und gegenüber dem Ausfuhrüberschuß der übrigen Kriegsjahre, in denen der Wechselkurs sich wesentlich unter dem jetzigen Niveau bewegte, ebenfalls eine beträchtliche Verminderung auf, müßte also eher auf ein Nachgeben des Kurses als auf das Gegenteil hindeuten, obwohl nicht bestritten werden soll, daß die gegenwärtig für fast alle brasilianischen Ausfuhrerzeugnisse recht günstige Marktlage manche kurssteigernden Momente in sich birgt. Auch die augenblicklichen Finanzverhältnisse des Landes scheinen einer Kursentwicklung nach oben auf den ersten Blick keineswegs zu dienen geeignet. Gerade aber die in ihren Wirkungen erst jetzt zu übersehenden, geschickten Finanzmaßnahmen der brasilianischen Regierung während des Krieges dürften ein gut Teil zu Hebung und Festigung des Kursstandes beigetragen haben. Wegen der infolge des Krieges nahezu völligen Unterbindung des für die brasilianische Wirtschaft lebensnotwendigen Zuflusses von ausländischem Kapital war der brasilianische Staat mit jedem neuen Kriegsjahr mehr auf seine eigenen Kräfte allein angewiesen. Hinzu kam, daß die fortlaufend steigenden finanziellen Lasten aus Anlaß des Krieges auf der einen Seite, andrerseits der durch Räumtenot und Handelsunterbindung bedingte Ausfall an Zolleinnahmen den Staatshaushalt ständig aus dem Gleichgewicht und beträchtlich budgetarische Fehlbeträge mit sich brachten, die auch durch sofortige finanzpolitische Gegenmaßnahmen, wie äußerste Einschränkung der Ausgaben, Erhöhung der in Gold zu zahlenden Zollquote von 35 auf 60% und Heraufsetzung der Verbrauchsabgaben, nicht annähernd ausgeglichen werden konnten. Zur wenigstens vorläufigen Behebung dieser Nöte griff man zu dem einfachsten Mittel, der Notenpresse. Die Folge war ein ungeheures Anschwellen des Papiergeldumlaufes, der sich, wie bereits früher berichtet worden ist (S. 353), in den letzten fünf Jahren nahezu verdreifacht hat. Die Gesamtsumme des umlaufenden Papiergeldes betrug am 31. Juli 1914: 600 341 Contos, am 28. Februar 1919: 1 709 149 Contos. Allein in der letzten vierjährigen Präsidentschaftsperiode wurden an Papiergeld 750 000 Contos (1915: 350 000, 1917: 300 000, 1918: 100 000 Contos) verausgabt. Davon verwandte man, wie aus dem unlängst veröffentlichten Rechenschaftsbericht des früheren Finanzministers Antonio Carlos her-

vorgeht, 433 823 Contos zur Deckung der Fehlbeträge im Staatshaushalt, ferner für außerordentliche Kriegsausgaben sowie zur Bestreitung früher eingegangener Verbindlichkeiten, von denen u. a. die schwebende Schuld in Schatzscheinen von 21 498 Contos-Gold und 170 538 Contos-Papier bis Oktober 1918 auf 470 Contos-Gold und 20 220 Contos-Papier abgetragen wurde.

Mehr als 2/5 obiger Summe von 750 000 Contos aber, nämlich 316 177 Contos, kamen — und diese Anlage hat den besten Zins gebracht! — unmittelbar der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Landes zugute, indem sie zum Schutz und Ansporn der nationalen Produktion und des Handels Verwendung fanden. So erhielt der Banco do Brasil außer einem Vorschuß von 40 000 Contos einen Fonds von 50 000 Contos für Rediskontierungszwecke, sowie ferner 11 000 Contos zur Unterstützung der nationalen Industrien. Ferner ließ sich die Bundesregierung dazu ermächtigen, dem Staate São Paulo zum Schutze des Kaffeemarktes Kredite bis zu 150 000 Contos zu eröffnen; von diesem Betrage sind 110 000 Contos vornehmlich für regierungsseitige Kaffeekäufe zu sehr lohnenden Preisen flüssig gemacht worden. Mit 17 000 Contos kam man den stark unter der Krise am Gummimarkt leidenden Nordstaaten zu Hilfe, indem man für dies Geld einen Teil der wegen des Tonnagemangels nicht verschiffbaren Gummibestände aus dem Markt nahm, ein Geschäft, das bei Anziehen der Gummipreise ebenfalls einen guten Gewinn für die Regierung abwerfen kann. Zur Weiterentwicklung des Kohlenbergbaues wurden 3800 Contos bereitgestellt. Auch für den Bau von Zweigbahnen im Kohlenrevier und zwecks Förderung sonstiger Industrien wurden gewisse Summen ausgeworfen. Diese Verwendung größerer Summen der neuen Papiergeldemissionen zu produktiven Zwecken mußte begreiflicherweise nicht unwesentlich zur Stützung des Wechselkurses beitragen, da mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, dem sie in erster Linie dienen sollten, auch die allgemeine Wohlhabenheit des Landes zunimmt und damit zugleich Gegenwerte für eine zukünftige Deckung des Papiergeldes geschaffen werden.

Eine nicht minder bedeutsame Aktion, die vielleicht als Ausgangspunkt für eine grundlegende Neuordnung des brasilianischen Geldwesens überhaupt angesehen werden kann, wurde von dem Finanzminister Antonio Carlos mit dem Rest der oben erwähnten 316 000 Contos in die Wege geleitet. Zunächst kaufte man mittels Ausgabe neuen Papiergeldes für 73 792 Contos Noten der Konversionskasse zurück. Davon wurden 60 000 Contos vernichtet, und den hierdurch freiwerdenden entsprechenden Goldbetrag verwandte man zur Schaffung eines Garantiefonds für den Papiergeldumlauf. Gleichzeitig ein Goldausfuhrverbot erlassend kaufte die Regierung zur Verstärkung des Garantiefonds die im Inland erreichbaren Bestände an gemünztem und ungemünztem Gold an. Auf diese Weise wies der neugebildete Garantiefonds bis Oktober 1918 bereits einen Bestand von 48 245 275 Milreis-Gold auf. Durch Gesetz vom 2. Oktober 1918 ließ sich die Regierung zu neuen Papiergeldemissionen bis zum Fünffachen der in Gold verfügbaren Gegenwerte ermächtigen, ohne jedoch von den — nach dem damaligen Bestand des Garantiefonds gerechnet — etwas über 241 000 Contos mehr als 100 000 Contos zu verausgaben. Der Rest dürfte freilich, da die neue Regierung ebenfalls andauernd sich der Notenpresse zu bedienen gezwungen war, inzwischen auch ziemlich erschöpft sein. Die grundsätzliche Bedeutung jenes Gesetzes liegt indessen darin, daß hier zum ersten Male die Neuausgabe von Papiergeld abhängig gemacht wird von einer gewissen metallenen Deckung, während vordem gerade in Brasilien die Notenpresse nur zu oft mit einer sich mit Deckungssorgen wenig beschwerenden Unbekümmertheit gehandhabt wurde. Stellt freilich ein Garantiefonds von 48 245 275 Milreis gegenüber der Gesamtzirkulation von 1 709 148 816 Milreis nur eine verschwindend geringe Summe dar, beträgt mithin vorerst das Deckungsverhältnis auch kaum 3 %, so bedeuten doch die eben geschilderten Maßnahmen eine gewichtige Umstellung der ganzen brasilianischen Finanzpolitik, den ersten Schritt auf einem neuen Wege, der, falls er folgerichtig eingehalten wird, zweifellos einer Gesundung der brasilianischen Währungsverhältnisse entgegenführen muß. Erwähnt sei noch, daß die Goldguthaben Brasiliens in London in Höhe von 2 Mill. £ nicht in den Garantiefonds eingeschlossen wurden. Sie sind vielmehr in die Habenseite des diesjährigen Budgets eingesetzt worden (s. „W. D." S. 352/53).

Zusammenhängend mit den vorstehend besprochenen Maßnahmen zur Neuordnung des Geldwesens hat die Bundesregierung jetzt ein neues Projekt in Angriff genommen, betreffend die Gründung einer Landes-Emissions- und Diskontobank. Einstweilen ist mit dem Banco do Brasil die Bildung einer besonderen Abteilung innerhalb dieser Bank vereinbart worden, die von den übrigen Bankzweigen vollständig getrennt sein und unter der Leitung eines Regierungsbeauftragten stehen wird. Sie wird sich ausschließlich mit der Rediskontierung von Wechseln aus dem Portefeuille der anderen Banken befassen. Die Regierung hat die Diskontrate zu bestimmen, die aber nicht über 6 % gehen soll. Von dem Reinerträgnis erhält der Staatsschatz 85 % und der Banco 15 %. Die Aufgaben der neu zu errichtenden Bank sind weiter gesteckt. Sie sollen vor allem umfassen die Festlegung der Goldwährung, Notenausgabe mit Dritteldeckung und allmähliche Einziehung des inkonvertiblen Papiergeldes. Das Kapital der neuen Bank wird 100 000 Contos betragen. Sie soll das ausschließliche Recht haben zur Ausgabe von Noten, die gegen brasilianische Goldmünzen einwechselbar sind. Das Notenprivileg soll 600 000 Contos nicht übersteigen. Davon müssen 200 000 Contos durch Gold, der Rest durch kurzfristige Wechsel mit nebst einer Bankunterschrift mindestens drei Unterschriften oder durch Warrants über unverderbliche Waren gedeckt sein. Die Regierung stellt der Bank eine Summe von 200 000 Contos-Gold, die aus den Kaffeeverkäufen des Staates São Paulo und aus den Beständen der Konversionskasse stammen, zur Verfügung, während die Bank sich verpflichtet, jedes Jahr wenigstens 10 000 Contos-Papiergeld zurückzukaufen. Die Regierung ist an dem Gesellschaftskapital nicht beteiligt. Daher wird das Institut, obwohl es der amtlichen Kontrolle untersteht, nicht den Charakter einer Staatsbank haben. Mit der Durchführung dieses Bankprojektes würde ein weiterer Schritt zur Sanierung und Reorganisation des Geldwesens der brasilianischen Union getan werden.

Nach Darlegung der verschiedenen finanzpolitischen Regierungsmaßnahmen läßt sich die eingangs gestellte Frage nach der Erklärung der verhältnismäßigen Höhe des gegenwärtigen Kursstandes zusammenfassend nunmehr dahin beantworten: Neben der Hoffnung, daß der Friedensschluß eine baldige Wiederaufnahme geregelter weltwirtschaftlicher Beziehungen ermöglichen und damit Brasilien als Lieferanten wichtiger Lebensmittel und Rohstoffe einen bevorzugten Platz unter den am Welthandel beteiligten Ländern zuweisen wird, dürften vor allem auch die neuen Richtlinien der brasilianischen Finanz- und Währungspolitik kursversteifend gewirkt haben. In dem derzeitigen Kursstande spricht sich also ebensowohl die Zuversicht auf eine gedeihliche Fortentwicklung des Außen-

handels wie das Vertrauen zu einer zukünftigen Erstarkung und Konsolidierung der brasilianischen Finanzen aus. Ob freilich die hierfür ins Feld geführten Argumente gegenwärtig nicht doch noch etwas zu optimistisch bewertet werden, müssen die nächsten Monate erweisen.

Über die Wechselbeziehungen zwischen dem Valutastand und der Lage der Einfuhr- und Ausfuhrmärkte wird in einem weiteren Artikel zu berichten sein.

Dr. Ed. Dannemann

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Mark, Frank und Pfund gaben gegen die Vorwoche weiter nach, der Dollar zog, stellenweise erheblich, an.

Kurs der Reichsmark

	16. 7.	17. 7.	18. 7.	19. 7.	21. 7.	22. 7.	gegen Münzpari am 22. bzw. 21. 7.
Zürich	37,50	37,—	37,25	37,40	38,—	36,75	— 70,23
Amsterdam	16,90	16,50	16,05	—,—	16,975	16,85	— 71,56
Stockholm	27,50	26,50	26,50	27,—	27,—	26,50	— 70,18
Kopenhagen	29,—	28,—	28,85	30,—	29,—	29,25	— 67,09
Kristiania	29,—	27,25	27,75	28,60	—,—	—,—	— 67,82
Wien	—,—	222,25	222,25	219,25	—,—	—,—	+ 86,50

Kurs der deutsch-österreich. Krone

	16 7.	17. 7.	18. 7.	19. 7.	21. 7.	22. 7.	gegen Münzpari am 22. bzw. 21. 7.
Zürich	17,25	16,75	16,75	16,50	16,50	16,50	— 84,14
Amsterdam	8,—	8,—	8,—	—,—	8,—	8,—	— 84,13
Berlin	—,—	—,—	44,95—	44,95—	44,95—	44,95—	— 47,09
	—,—	—,—	45,05	45,05	45,05	45,05	

Kurs des Pfund Sterling

	16. 7.	17. 7.	18. 7.	19. 7.	21. 7.	22. 7.	gegen Münzpari am 22. bzw. 21. 7.
Zürich	24,93	24,87	24,88	24,88	24,90	24,91	— 1,23
Amsterdam	11,74½	11,74	11,56	—,—	11,60	11,60½	— 4,21
Stockholm	17,93	17,90	17,65	17,83	17,78	17,78	— 2,09
Kopenhagen	19,58	19,53	19,53	19,52	19,53	19,56	+ 7,71
Kristiania	18,57	18,60	18,75	18,80	—,—	—,—	+ 3,52

Kurs des französischen Franken

	16. 7.	17. 7.	18. 7.	19. 7.	21. 7.	22. 7.	gegen Münzpari am 22. bzw. 21. 7.
Zürich	80,50	79,75	80,25	80,50	81,—	81,65	— 18,35
Amsterdam	38,05	37,65	37,—	—,—	37,60	37,50	— 21,87
Stockholm	58,50	58,25	57,25	57,50	57,50	57,50	— 20,14
Kopenhagen	63,75	63,35	63,—	63,25	63,25	63,25	— 12,15
Kristiania	60,50	60,50	60,25	60,25	—,—	—,—	— 16,32

Kurs des Dollar

	16. 7.	17. 7.	18. 7.	19. 7.	21. 7.	22. 7.	gegen Münzpari am 22. bzw. 21. 7.
Zürich	554½	559,—	568,—	568,—	565,—	563,—	+ 8,68
Amsterdam	265,50	267,50	266,—	—,—	263,—	265,50	+ 6,71
Stockholm	402,—	405,—	414,—	406,—	415,—	406,—	+ 8,84
Kopenhagen	439,50	447,—	450,50	445,—	440,—	446,—	+ 19,57
Kristiania	420,—	427,—	435,—	432,—	—,—	—,—	+ 15,82

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	7. 7.	17. 7.
Alexandrien	97 15/32 pari	97 15/32 pari
Bomb./Kalk	1 s 8 d—1 s 8 1/16 d	1 s 8 d—1 s 8 1/16 d
Hongkong	3 s 6 1/4 d	3 s 6 3/4 d
Shanghai	5 s 3 1/2 d	5 s 4 1/2 d
Singapore	2 s 4 5/32 d—2 s 4 5/16 d	2 s 4 1/8 d—2 s 4 5/16 d
Yokohama	2 s 2 5/8 d—2 s 2 7/8 d	2 s 4 d-2 s 4 1/2 d
Montevideo T.T.	55 d—55 1/2 d	55 1/4 d—55 1/2 d
Rio de Janeiro	—	14 9/16 d
Bs. Aires T.T.	51 5/16 d—51 13/16 d	52 1/4 d—52 3/4 d
Valparaiso 90 T.	10 7/8 d	10 11/32 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Mit der Regelung der Umwechselung der im Besitze von aus feindlicher Gefangenschaft Heimkehrenden befindlichen fremden Geldsorten, Lagergeldern, Guthabenausweise usw. ist die Zweigstelle der Generalkriegskasse in Berlin betraut worden. Unter Mitwirkung der deutschen Bankwelt werden in allen Durchgangslagern Wechselstuben eingerichtet. Außerhalb der Lager beschränkt sich die Umwechselung auf umlauffähige Sorten. Die Kurse werden wöchentlich veröffentlicht. („Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 333 vom 14. 7.)

Im Monat Juni 1919 sind neu geprägt worden: 879 401 ℳ silberne Fünfzigpfennigstücke, 797 907 ℳ Fünfpfennigstücke aus Eisen und 2 384 736 ℳ Zehnpfennigstücke aus Zink. („Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 336 vom 16. Juli 1919.

Es ist beabsichtigt neue Fünfzigpfennigstücke auszugeben, deren Metallmischung noch nicht feststeht. Die Ausprägung wird jedenfalls nicht in Silber erfolgen. („Frankfurter Zeitung" Nr. 252 vom 17. 7.)

Der Notenumlauf der Privatnotenbanken stellte sich am 30. 6. 1919, verglichen mit dem Stand vom Jahresschluß 1918 und 1917, (in Mill. ℳ) wie folgt:

	30. 6. 1919	31. 12. 1918	31. 12. 1917
Reichsbank	29 968 380	21 124 313	11 467 749
Bayerische Notenbank	108 545	110 000	70 000
Sächsische Bank	102 178	147 500	115 000
Württemberg. Notenbank	32 281	34 160	25 360
Badische Bank	28 376	28 500	27 000

Während die Reichsbank in der letzten Vierteljahrswoche 860,5 Mill. ℳ neue Banknoten in Verkehr setzte, ist der Umlauf im gleichen Zeitraum bei der Bayerischen Notenbank um 14 000 ℳ, bei der Sächsischen Bank um 277 200 ℳ, bei der Württembergischen Notenbank um 200 500 ℳ und bei der Badischen Bank um 84 600 ℳ zurückgegangen. („Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 324 vom 9. 7.)

Im Saargebiet wird unter französischem Einfluß eine Änderung der Währung betrieben. Man scheint es noch nicht zu wagen, unverzüglich zur französischen Frankenwährung überzugehen und vertritt daher die Idee einer eigenen Saarwährung als Übergang von der Mark- zur Frankenwährung; und zwar denkt man an eine „Neumark" oder einen „Saarfranken" als neue Werteinheit, auf die die deutsche Reichsmark umgeschrieben werden soll. Diese landesverräterischen Pläne werden damit zu begründen versucht, daß das Saargebiet wegen seiner Bodenschätze in höherem Grade exportfähig sei, als das übrige Deutschland. Daher müßten ihm die Vorteile für die Valuta aus diesem Export auch besonders zugute kommen, und das sei nur möglich, wenn eine neue Währung eingeführt werde. In Wirklichkeit haben die Feinde ihre Hand auf die Saarkohle gelegt, daher ist diese ganze Rechnung hinfällig. („Frankfurter Zeitung" Nr. 513 vom 14. 7. 1919.)

In Warschau hat vom 15. bis 17. Juni ein Valutarat getagt, der empfahl, eine Vereinheitlichung der umlaufenden Zahlungsmittel vorzunehmen und den Landtagbeschluß über die Einführung des Guldens unter Ausdehnung des Umlaufs und der Zahlungskraft der polnischen Mark auf den ganzen Staat aufzuschieben. Für den Umtausch der Barbestände wurden folgende Normen vorgeschlagen: für polnische Mark: 50% bar und 50% in amortisierbarer Staatsanleihe; für deutsche Mark und österreichische Kronen: 40% in bar und 60% in amortisierbarer Staatsanleihe; für Zarenrubel: 10% in bar und 90% in amortisierbarer Staatsanleihe. Das Maximum des Barbetrages beim Umtausch beträgt für einzelne Privatpersonen 50 000 Rubel, 50 000 deutsche Mark und 50 000 österreichische Kronen. Für Finanz- und öffentliche Institute soll die Summe auf Grund ihrer Bilanzen festgestellt werden. Die Frist für den Umtausch soll so kurz wie möglich bemessen werden. Das von der Umtauschpflicht des Bargeldes in Staatsanleihe freie Minimum soll 500 Rubel, 1000 Mark und 1000 Kronen für die Person betragen. („Frankfurter Zeitung" Nr. 507 vom 12. 7. 1919.)

Die Bank von Frankreich hat sich eine neue Erweiterung der Höchstumlaufgrenze für ihre Noten um 4 Milliarden fr auf 40 Milliarden fr bewilligen lassen. Danach entwickelte sich das Notenkontingent während des Krieges wie folgt: (in Milliarden fr)

29. Dezember	1911	6,8	7. Februar	1918	27
5. August	1914	12	3. Mai	1918	30
11. Mai	1915	15	9. September	1918	33
15. März	1916	18	4. März	1919	36
15. Februar	1917	21	9. Juli	1919	40
10. September	1917	24			

Die Goldausbeute in Transvaal betrug im Juni 1919 702379 Unzen im Werte von 2983515 £, (von denen 19776 Unzen im Werte von 84001 £ auf die Distrikte außerhalb des Witwatersrand entfielen) gegen 724995 Unzen im Werte von 3079583 £ im Mai 1919 und gegen 3091058 £ im Juni 1918. („Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 345 vom 21. 7.)

Staatsanleihen

Die deutsch-österreichische Finanzverwaltung hat an das Wiener Bankenkonsortium 300 Mill. Kr. 3½%iger Schatzscheine begeben, die bei den Banken zur Anlage ihrer flüssigen Mittel verbleiben. Der Umlauf von drei- bis sechsmonatlichen Schatzscheinen steigt damit auf fast 1 Millarde Kr. („D. A. Z.", 16. 7.).

Der Anleihebedarf der Stadt Wien, der sich auf 200 Mill. Kr. beziffert, soll bei der gegenwärtigen Sachlage nicht durch eine fundierte Anleihe, sondern durch einjährige Schatzscheine gedeckt werden, die 5% Zinsen tragen, zu 99,5% übernommen und im Sommer 1920 fällig gestellt werden sollen. („N. Fr. Pr." 4. 7.).

In den Vereinigten Staaten hat sich ein Syndikat gebildet, um dem tschecho-slowakischen Staat einen Kredit in Höhe von 25 Mill $ zu gewähren, der zum Ankauf von Gütern in Amerika, besonders von Baumwolle, verwandt werden soll. („D. A. Z.", 12. 7.).

Bulgarien löst die Zinsscheine seiner Staatsanleihen nunmehr in der Schweiz ein, und zwar ohne Rücksicht auf die Nationalität des Besitzers, sofern er beweist, daß er die Schuldtitel vor dem 1. 10. 15. besaß. („F. Z.", 16. 7.).

Der Finanzausschuß der finnländischen Regierung hat empfohlen, daß die Höchstgrenze der geplanten Auslandsanleihe auf 500 Mill. finnische Mark festgesetzt werden soll, wovon 400 Mill. für Getreideankäufe und 65 Mill. für den Erwerb von Zucker und Viehfutter verwandt werden sollen. („Fin. Times", 21. 6).

Schweden hat mit amerikanischen Finanzinstituten die Ausgabe einer 6%igen, 1929 rückzahlbaren Anleihe von 25 Mill. $ vereinbart, deren Erlös wahrscheinlich zum Ankauf von Lebensmitteln in Amerika verwandt werden wird. („D. A. Z.", 14. 7.).

„Fin. News" vom 3. 7. dementieren die Nachricht, daß zwischen der dänischen Regierung und amerikanischen Banken die Ausgabe einer großen Staatsanleihe im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Schleswigs mit Dänemark geplant sei.

Lt. „D. A. Z." vom 14. 7., wird die Stadt Kopenhagen eine 15 Mill.-$-Anleihe in Amerika aufnehmen, die durch die Kopenhagener Hauptbanken geordnet werden und nach dem augenblicklichen Stand des Dollars etwa 65 Mill. Kr. entsprechen soll.

Italien hat vom 31. 10. 18 bis 31. 3. 19 seine Anleihen bei England um 809 Mill. Lire (Gesamtbetrag 9777 Mill. Lire) und bei den Vereinigten Staaten um 2607 Mill. Lire (Gesamtbetrag 7477 Mill. Lire) erhöht. („Nachr.", 5. 7.).

„Econ. Europ." vom 4. 7. meldet, daß der amerikanische Staatsschatz Italien einen 10 Mill.-$-Kredit eröffnet habe, was dessen Schulden an die Union auf 1581,5 Mill. $ erhöhe. Der Gesamtbetrag der den Alliierten bewilligten Vorschüsse seitens der amerikanischen Regierung beläuft sich auf 9390 Mill. $.

Eine New Yorker Bankengruppe hat eine amerikanische Anleihe an Kanada von 75 Mill. $ zur Ablösung der am 1. 8. fällig werdenden 5%igen zweijährigen Noten abgeschlossen. („D. A. Z.", 11. 7.).

Der mexikanische Finanzminister soll erklärt haben, daß Mexiko seine Schulden selbst dann nicht bezahlen würde, wenn es finanziell dazu in der Lage wäre; Mexiko wolle die Ergebnisse der Friedenskonferenz abwarten und sich danach richten, wie andere Nationen mit ihren Schulden verfahren würden. („D. A. Z.", 9. 7.).

Das Council of Foreign Boudholders hat die Mitteilung bekommen, das die Regierung von Guatemala die Zinszahlung auf die auswärtige Anleihe für 1919 und 1920 zugesichert hat. („Inf.", 9. 7.).

Schiffahrt und Schiffbau

England

Die voraussichtliche Entwicklung des Schiffahrtsgeschäftes ist ein Problem, dessen Lösung bei dem ganz außerordentlich hohen Wertstande von Schiffen und Frachtraten für Reeder und Verfrachter von gleich hohem Interesse ist. Der Umstand, daß Schiffe von erfahrenen Verfrachtern heute zu Raten von 25 sh je Tonne und Monat für englische Schiffe und zu 35 sh für außerenglische in Zeitcharter für zwei und drei Jahre aufgenommen werden, beweist, daß man in diesen Kreisen auf eine steigende Konjunktur oder mindestens auf eine längere Dauer des jetzigen Hochstandes rechnet. Der Frage nach der mutmaßlichen Entwicklung der Verhältnisse sucht „Fairplay" zunächst durch einen Rückblick auf frühere Konjunkturwellen beizukommen und gibt dafür — unter Annahme des Frachtstandes von 1900 mit 100 — folgendes Bild:

	Frachtenstand	Englische Schiffsneubauten
1884	**121**	370 000
1887	95	—
1889	**125**	**940 000**
1894	—	650 000
1896	75	—
1900	**100**	—
1901	—	**1 400 000**
1902	62	—
1904	57	—
1908	—	750 000
1912	**108**	—
1913	—	**2 000 000**
1914	40	—

Innerhalb der dem Kriege vorangegangenen 30 Jahre betrugen demnach die Abstände zwischen den Kurvenspitzen 5—11—12 Jahre. Der Hochstand von 1900 findet in dem Burenkrieg seine besondere Erklärung, während im übrigen Frachtenaufstieg, vermehrte Bautätigkeit, Frachtenniedergang und verringerte Bautätigkeit sich in regelmäßiger Folge ablösen, ohne daß aus dem Bilde feste Schlüsse auf Länge und Höhe der Wellen zu ermitteln sind. Der Weltdampferraum betrug vor Kriegsausbruch rund 45½ Mill. Br.-Reg.-T., und Bestandsveränderungen von 1 bis 1¼ Mill. Br.-Reg.-T., also von nur etwa 2½ v. H., haben erfahrungsgemäß schon genügt, um den Frachtenmarkt nachhaltig zu beeinflussen. Nun ist zwar im Kriege eine ungeheure Menge Schiffsraum vernichtet worden, aber neuere Berechnungen wollen wissen, daß der Weltschiffsraum heute den Stand von 1914 bereits um 1,2 Mill. Br.-Reg.-T. übersteigt, und daß für die nächsten 12 Monate mit einem Zugang von 4 bis 5 Mill. Br.-Reg.-T. zu rechnen ist. Auf diese Zahlen irgendwelche Berechnungen zu gründen, erscheint aber höchst bedenklich, denn sie bieten keinen genauen Anhalt für das Transportvermögen der Handelsflotten, auf das es letzten Endes allein ankommt. Z. B. hatte die versenkte „Lusitania" bei 30 000 Br.-Reg.-T. und 24 Meilen Stundengeschwindigkeit nur eine Tragfähigkeit von 15 000 Tonnen, während die an ihre Stelle getretenen 30 000 Br.-Reg.-T. Frachtschiffsraum bei 10 Meilen Stundengeschwindigkeit ein Transportvermögen von 45 000 Tonnen aufweisen. Da der Krieg unter den Liniendampfern besonders zahlreiche Opfer gefordert hat, die durch Frachtdampfer ersetzt worden sind, ist das Transportvermögen der Handelsflotte heute zweifellos im Verhältnis gegen früher gestiegen. Dagegen sind aber eine ganze Reihe von Momenten zu setzen, die das Transportvermögen der Handelsflotte vorläufig noch einschränkend beeinflussen: Die Unterhaltung der noch auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und in besetzten Gebieten stehenden Truppen sowie die Demobilisierung nehmen für geraume Zeit noch einen beträchtlichen Schiffsraum in Anspruch. Die z. T. noch aufrechterhaltene behördliche Bewirtschaftung der Reederei arbeitet mit den ihr unterstellten Schiffen erfahrungsgemäß wesentlich weniger wirtschaftlich, als der Privatreeder.

Die amerikanischen hölzernen Dampfer werden allgemein, da sie dauernd von Havarien betroffen und durch langwierige Reparaturen aufgehalten werden, den stählernen Frachtdampfern als nicht gleichwertig betrachtet. Durch Reparaturbedürftigkeit, wie durch die Wiederherrichtung vom Kriegsdienst für die gewöhnliche Frachtfahrt ist ein großer Teil des Schiffsraums

außer Fahrt gesetzt. Auch die Zahl der abbruchreifen Schiffe, die unter der zwingenden Kriegsnot über ihre Zeit hinaus im Dienst geblieben sind und die jetzt ausscheiden müssen, wird nicht unbeträchtlich sein. Ferner wird auch die Ausnutzung des Schiffsraums durch die in allen Weltteilen sich folgenden Streiks fast aller mit dem Reedereibetrieb direkt oder indirekt in Beziehung stehenden Arbeiter- und Mannschaftskategorien ganz beträchtlich behindert. Schließlich ist auch die Verschiebung der Produktionsmärkte — Getreide, das sonst vom Schwarzen Meer kam, muß jetzt in Australien gekauft, der Ausfall der europäischen Zuckererzeugung muß in Java gedeckt werden — nicht ohne Einfluß.

Sind also alle Mutmaßungen von einer großen Zahl in konkreten Werten gar nicht zu erfassenden Faktoren abhängig, so kann doch füglich angenommen werden, daß die einschränkenden Momente — und, wenn diese allmählich verschwinden, der wieder einsetzende regelmäßige Handel — den Zugang an Schiffsraum noch für geraume Zeit aufwiegen und einen Zusammenbruch des Frachtenmarktes, der aber auf die Dauer nicht vermeidbar erscheint, aufhalten werden. *Hb.*

Schiffbau am Clyde. Von den Clyde-Werften wurden im Juni zu Wasser gelassen:

38 Schiffe mit 83 907 Br.-Reg.-T.

Damit erreicht die Zahl der Stapelläufe im ersten Halbjahr 1919

144 Schiffe mit 264 806 Br.-Reg.-T.

Die im Verhältnis zum Durchschnitt auffallend große Juni-Leistung erklärt sich daraus, daß eine Reihe der hier mitgezählten Schiffe bereits im Mai ablauffertig war, aber wegen des Streiks der Schlepper-Besatzungen erst im Juni zu Wasser gelassen werden konnten. Der Clyde-Bezirk hat sich damit von allen englischen Schiffbau-Bezirken am meisten wieder der Leistung im letzten Friedensjahre genähert.

Die Erzeugung betrug im ersten Halbjahr:

1906		336 258	Br.-Reg.-T.
1907		302 847	„
1911		309 860	„
1912		289 586	„
1913	127 Schiffe	348 476	„
1914	129 „	267 677	„

Hb.

Von dem Schiffsreparaturamt wird nach seiner vor einiger Zeit erfolgten Auflösung nunmehr berichtet, daß bei seiner Einrichtung im Juli 1917 nicht nur eine völlige Verstopfung der Häfen durch betriebsunfähige Schiffe herrschte, sondern daß gleichzeitig 42 Schiffe mit 250 000 Tonnen in beschädigtem Zustande an der irischen und südenglischen Küste auf Strand gesetzt waren. Die Umstände erforderten, daß in jedem Falle nur die allernotwendigsten vorläufigen Reparaturen ausgeführt wurden, die gelegentlich erneuert werden mußten und es sind deshalb gegenwärtig noch eine ganze Reihe Schiffe in Fahrt, welche noch ihrer endgültigen Reparatur entgegengehen. In den kaum 20 Monaten seines Bestehens hat das Reparaturamt 15 000 Schiffe mit einer Bruttotonnage von 55 Mill. reparieren lassen. *Hb.*

Frankreich

Jahresabrechnungen französischer Reedereien. Bei der Cie. Générale Transatlantique belaufen sich die Brutto-Einnahmen auf 187 016 823 fr. Nach Abzug der Unkosten von 132 000 000 fr und Rückstellungen von 45 000 000 fr verbleibt ein Reingewinn von 8 795 745 fr. Die Dividende wird auf 20 fr festgesetzt, wovon 7,50 fr bereits am 1. Januar 1919 verteilt wurden. Am 31. 12. 19 hatte die Gesellschaft eine Flotte von 73 Schiffen mit 343 618 t. Die Verluste während des Krieges betrugen 29 Schiffe mit 102 859 t. Neubauten in Höhe von 45 000 t sind in England bestellt worden, der größere Teil der Neubauten soll in Frankreich in Auftrag gegeben werden.

Die „Messageries Maritimes“ erzielten einen Gewinn von 29 022 391 fr. Nach Abschreibungen und Rückstellungen in Höhe von 16 536 981 fr soll eine Dividende von 20 fr verteilt werden.

Bei Ausbruch des Krieges besaß die Gesellschaft

eine Flotte von		60 Sch. mit	285 000 t
Verloren gingen			
durch den Krieg	22 Sch. mit	117 000 t	
auf andere Weise	5 „ „	29 000 t	
	27 „ „		146 000 t
	33 Sch. mit		139 000 t
Hinzu kamen	7 „ „		72 000 t
so daß die Flotte Ende 1918 betrug	40 Sch. mit		211 000 t

P. W.

Italien

Der Schiffsverkehr in italienischen Häfen zeigt eine erhebliche Zunahme. Die Einfuhr aus dem Auslande betrug:

Januar 1919	824 000	tons
April „	1 063 000	„
Mai „	1 277 000	„

d. i. seit Januar eine Zunahme von rund 50 % *P. W.*

Norwegen

Die Einigung mit Amerika wegen der von norwegischen Reedern in Amerika bestellten und während des Baues vom amerikanischen Schiffahrtsamt beschlagnahmten Schiffe ist, wie nunmehr verlautet, in folgender Weise zustande gekommen: Der Beschlagnahme waren 27 Dampfer mit einer Tragfähigkeit von 182 575 Tonnen Tragfähigkeit verfallen. Diesen Schiffsraum bezahlt Amerika nunmehr mit 227 $ je Tonne zuzüglich 6 v. H. Zinsen seit der Beschlagnahme. Die Baukontrakte waren in der Zeit zwischen dem 7. Januar 1916 und dem 21. März 1917 vergeben, und die Kontraktpreise schwanken zwischen 68,54 $ und 144,44 $ je Tonne, bei einem Durchschnitt von 118,25 $. Die von den norwegischen Reedern geforderte Entschädigungssumme belief sich auf 51 138 245 $ oder rund 280 $ je Tonne. Wenn auch der von Amerika geleistete Schadenersatz an sich demnach billig erscheint, so ist doch zu bedenken, daß der norwegischen Reederei durch die Beschlagnahme große Gewinne entgangen sind, und daß einzelne Reeder, die bei der mehrfach erfolgten Wiederveräußerung der Baukontrakte wesentlich höhere Preise als 280 $ je Tonne bezahlten, noch einen empfindlichen Verlust erleiden. *Hb.*

Vom Beton-Schiffbau. Auf Anfragen einer dänischen Betonschiffswerft gab das norwegische Bureau „Veritas“ ein Gutachten über die Betonseeschiffe ab, in dem gesagt wird, daß die Schiffe sich bisher als seetüchtig erwiesen haben, und keine Leckagen durch Risse verursacht worden seien, sowie daß die nach einer Kollision oder einem Grundstoß notwendigen Reparaturen ohne Schwierigkeiten ausgeführt werden könnten. *P. W.*

Schweden

Eine neue Dampferverbindung nach dem Orient wird geschaffen durch die Firmen: A. Brostroem et fils, Swedisch East-Asiatic Co., Swedish American-Mexico Line und Swedish-American-Line unter dem Namen: „Swenska-Orient-Line“. Diese wird den Dienst nach den Häfen Piräeus, Saloniki, Konstantinopel und Odessa von Gothenburg, Stockholm und Gefle versehen. Bisher sind 8 Schiffe von 2—3 800 t für diesen Dienst vorgesehen. *P. W.*

Vereinigte Staaten

Soll und Haben im Schiffbau. Wie wir bereits bei der Aufstellung des amerikanischen Schiffbauprogramms vorausgesagt hatten, haben sich die Amerikaner die Erreichung ihres Zieles ein erhebliches Geld kosten lassen. Der Vorsitzende des Schiffahrtsamtes teilt darüber folgendes mit: Der Kongreß hatte 3 671 000 000 $ bewilligt und 2 625 451 000 $ bereits angewiesen. Das angewiesene Geld wird vollständig verbraucht werden und darüber hinaus noch etwa 673 000 000 $. Durch das Streichen von Baukontrakten, auf die schon etwa 202 800 000 $ verausgabt worden sind, werden 495 700 000 $ gespart werden. Für den Bau von Schiffswerften, Arbeiterwohnungen, sowie Transportkosten sind etwa 270 000 000 $ verausgabt worden, wovon 189 000 000 $ abgeschrieben werden müssen. Für die Verwaltungskosten werden bis zum 1. Juli ds. Js. rund 30 000 000 $ ausgegeben worden sein und weitere 15 000 000 $ erforderlich werden. Diese drei Posten: Kosten der Streichung von Kontrakten, Werftbaukosten und Verwaltungskosten machen zusammen aus etwa 437 000 000 $, so daß von dem insgesamt erforderlichen Betrag von 3 298 000 000 $ 2 861 000 000 $ in Schiffen verbaut worden sind, und zwar sind hierfür gebaut worden bzw. noch im Bau: 2434 Schiffe mit 13 887 106 t Tragfähigkeit, d. h. 206 $ je ton Tragfähigkeit! Ein immerhin recht erheblicher Betrag, wenn auch Mr. Hurley zu beweisen versucht, daß hiervon 25 $ per t abzuziehen seien, die an Einkommensteuer von den Reedern eingezogen und dem Staatsschatz zugute kommen würden. Hurley gibt zu, daß selbst in Ansehung der anormalen Verhältnisse und der hohen Betriebskosten manche „blunders“ gemacht worden wären, und obwohl er meint, daß er nunmehr durch die große Menge von Fragen, die sich bei dem plötzlichen Abbruch des Krieges vor ihm aufgetürmt hätten, einen klaren Ausweg sähe, so scheinen die Schwierigkeiten noch keineswegs erschöpft zu sein. Jedenfalls ist der stellvertretende Vorsitzende des Schiffahrtsamtes erheblich

anderer Ansicht über die künftige Verwendung der Regierungsschiffe und hält besonders den Plan eines Unterstützungsfonds für die Handelsmarine für verfehlt. Er glaubt, es sei nicht Aufgabe der Regierung, Vorkehrungen zu treffen, um mit den ihr sicher noch auf lange Zeit verbleibenden Schiffen Private vor der üblichen Konkurrenz zu schützen, sondern, immer in der Absicht, die eigenen Schiffe so schnell wie möglich abzustoßen, doch nur das eine im Auge zu behalten, nämlich den amerikanischen Außenhandel so hoch wie möglich zu entwickeln. Wie die „Nautical Gazette" mitteilt, sollen die an der pazifischen Küste im Bau befindlichen Holzschiffe, für die noch keine 200 000 $ je Schiff an Baukosten ausgegeben werden, zum Abwracken verkauft werden, da, wie es scheint, der Verkauf der Holzschiffe in nur sehr unbefriedigendem Maße von statten geht und die Holzschiffe daher mit unter Hurleys „blunder" zu rechnen zu sein scheinen.

Die Schiffswerften an der pazifischen Küste protestieren gegen die Streichung von Kontrakten und verlangen, daß Aufträge auf 750 000 tons Stahlschiffe, die gestrichen waren, aufrecht erhalten werden sollen, um die Werften so lange über Wasser zu halten, bis sie auf private Bestellungen rechnen können. Das Streichen der Kontrakte würde das Brotlosmachen von 125 000 Arbeitern, bzw. deren Familien eingerechnet, 400 000 Personen hervorrufen. Die Werftbesitzer beabsichtigen, sich im Fall einer Abweisung durch das Schiffahrtsamt direkt an den Kongreß zu wenden.

Daß der Schiffsraum beginnt, reichlicher angeboten zu werden, geht daraus hervor, daß 22 vom amerikanischen Schiffahrtsamt gecharterte norwegische Segler in Rio de Janeiro vergeblich auf Ladung warten, da trotz des niedrigen Frachtsatzes von 5 $ je ton die Verlader die Dampfschiffe vorziehen. Dem Shipping Board entsteht somit eine tägliche Ausgabe von 10 000 $.

Zwei amerikanische private Werften, die Maryland Shipyard und die Barbare Bros. Shipyard, haben ihre Betriebe nach Erledigung der letzten Aufträge eingestellt. *P. W.*

Ersatz requirierter Schiffe. Den Firmen. Luckenbach Steamship Co., American Hawaiian Steamship Co., W. R. Grace & Co. und anderen werden als Ersatz für ihre requirierten Schiffe ungefähr 170 000 tons Schiffsraum von der Regierung zur Verfügung gestellt. *P. W.*

Aufhebung der Regierungskontrolle. Den amerikanischen Werften ist es künftig wieder erlaubt, Bauaufträge für fremde Rechnung anzunehmen, ohne die vorherige Erlaubnis der Regierung einzuholen. *P. W.*

Schiffbau im Mai. Die nachfolgende Aufstellung zeigt das Ergebnis des Seeschiffbaus für die ersten 5 Monate ds. Js., sowie für das bei Abschluß eines jeden Monats des Vorjahres erzielte Jahresergebnis:

Januar 1919	79	Schiffe	von	255 756	tons
Februar „	73	„	„	264 201	„
März „	91	„	„	286 141	„
April „	105	„	„	368 274	„
Mai „	104	„	„	386 347	„
Jahresergebnis bis:					
31. Mai 1918	383	Schiffe	von	1 186 797	tons
30. Juni „	410	„	„	1 247 692	„
31. Juli „	464	„	„	1 398 396	„
31. August „	529	„	„	1 622 624	„
30. Septbr. „	608	„	„	1 876 471	„
31. Oktober „	688	„	„	2 141 540	„
30. November „	768	„	„	2 429 047	„
31. Dezember „	821	„	„	2 579 026	„
31. Januar 1919	882	„	„	2 792 566	„
28. Februar „	924	„	„	2 944 651	„
31. März „	974	„	„	3 094 976	„
30. April „	1033	„	„	3 311 596	„
31. Mai „	1084	„	„	3 523 892	„

Stählerne Schiffe haben im Mai 1919 gebaut:

Die Atlantic- und Golf-Werften:	31	Schiffe	mit	154 035	tons
Die Werften an der Pazifischen Küste:	23	„	„	135 666	„
und die Großen Seen-Werfen:	27	„	„	58 554	„

Hiervon waren 7/8 für das Shipping Board und zwar:

1	Dampfer	zwischen	10	und	11 000	tons	brutto
1	„	„	8	„	9 000	„	„
3	„	„	7	„	8 000	„	„
22	„	„	6	„	7 000	„	„
12	„	„	5	„	6 000	„	„
2	„	„	4	„	5 000	„	„
6	„	„	3	„	4 000	„	„
35	„	„	2	„	3 000	„	„

P. W.

Schiffsverkehr. Vgl. „W. D." Nr. 28.

Nachstehende Aufstellung zeigt den Schiffsverkehr des Jahres 1918 in amerikanischen Häfen im Vergleich zu dem der 5 vorhergegangenen Jahre, wobei der Anteil der amerikanischen Schiffahrt in Prozenten angegeben ist:

	Angekommene Schiffe tons	davon amerikanische %
1913	14 464 161	28,5
1914	15 767 547	29,5
1915	12 579 317	29,5
1916	13 461 353	26,1
1917	12 912 693	25,5
1918	10 943 089	24,7
	Abgegangene Schiffe tons	**davon amerikanische %**
1913	14 370 619	28,9
1914	15 421 394	28,9
1915	12 162 374	25,9
1916	13 918 957	26,5
1917	13 187 413	25,3
1918	10 584 717	23,0

P. W.

Verteilung des Schiffsraums auf die einzelnen Handelszweige. Die Wochenzeitschrift „Shipping" gibt nachstehende Aufstellung über die Beschäftigung der an der Ostküste der Vereinigten Staaten beheimateten Handelsflotte:

	Nördl. von Baltimore tons	Schiffe	Baltimore und südl. v. Baltimore tons	Schiffe
Westküste von Südamerika	23 295	6	35 834	10
Hawai	8 800	1	3 000	1
Sibirien	6 810	1	—	—
China und Japan	74 596	9	11 086	1
Australien, Neuseeland, Neuguinea und Afrika	42 590	6	—	—
Transatl., Mittelmeer u. südeuropäische Häfen	91 120	13	37 297	6
Westindien und Caribische See	319 592	100	102 243	34
Küstenschiffahrt	29 244	6	24 765	7
Ostküste von Südamerika	166 082	24	163 191	35
Levante, Indischer Ozean, Straits Settlements u. Holl. Ostindien	37 429	5	—	—
Transatlant., nordeurop. Häfen	373 146	50	230 160	40
New England, Kohlen	—	—	89 807	27
	1 172 704	221	697 383	161

P. W.

Vereinigte Staaten — Griechenland. Mit der Abfahrt des Dampfers „Pannonia" am 18. Juni d. J., begann die Cunard Anchor Line einen direkten regelmäßigen Dienst von New York nach dem Piräus. *P. W.*

Neues Trockendock in New York. Nach Übernahme der deutschen Handelsschiffe hat sich herausgestellt, daß die Dockeinrichtungen in Amerika den Ansprüchen nicht mehr genügen, und der Commissioner of Docks beantragt daher, die amerikanische Schiffahrt durch den Bau eines wenigstens 1200 Fuß langen Trockendocks von England unabhängig zu machen. *P. W.*

Atlantische Kohlenstation. In einem Artikel über den Ausfall in der englischen Kohlenproduktion sagt die „Nautical Gazette": Die Vereinigten Staaten werden zweifellos aus der Veränderung der Lage in der Kohlenförderung einen Vorteil ziehen, und die Kohlengruben werden einer Zeit sehr gewinnbringender Tätigkeit entgegensehen.

Nach „Fairplay" weist der amerikanische Konsul in Tenerife darauf hin, daß der Moment für die Anlage großer amerikanischer Kohlendepots in Tenerife und Grand Canaria gekommen zu sein scheine, da alle Kohlenfirmen auf den Canarischen Inseln in ihren Bemühungen, aus England Kohlen zu bekommen, Fiasko erlitten hätten. Allerdings würde dieser neue Geschäftszweig eine Investierung von 6—10 Millionen Dollars jährlich erfordern und außerdem nur nach erheblichen Anstrengungen und nach Zusammenschluß der amerikanischen Firmen nach dem Vorbild des bestehenden britischen möglich sein. Die „Times" weisen mit großer Besorgnis darauf hin, einen wie großen Einfluß der Zuwachs in der amerikanischen Handelsflotte auf die Gestaltung der Weltschiffahrt und insbesondere auf die Höhe der Frachtraten haben würde. *P. W.*

Kanada

Auf Bitten der kanadischen Bevollmächtigten in London hat sich die Elder Dempster Steamship Co. bereit erklärt, in

ihrem Verkehr mit Häfen der Südafrikanischen Union für kanadische Waren einen Vorzugstarif einzurichten. *P. W.*

Japan

Die Lage des Schiffbaues. Nach einem Bericht der Handelskammer in Yokohama hat die Schiffahrtsindustrie an dem wirtschaftlichen Aufstieg Japans während der Kriegszeit im besonderen Maße teilgenommen. Die Beschäftigung scheint aber ihren Höhepunkt überschritten zu haben, und eine Reihe der kleineren Werften haben ihren Betrieb schließen müssen. Schätzungsweise wird die diesjährige Schiffbau Erzeugung 700 000 Tonnen betragen. Hiervon sind etwa 230 000 Tonnen an die Vereinigten Staaten abzuliefern, entsprechend dem im Vorjahre getroffenen Übereinkommen über die Lieferung von Schiffsbaumaterial seitens Amerika an Japan. Weitere 70 000 Tonnen sind von Schiffahrtsgesellschaften bestellt, während der ganze Rest von rund 400 000 Tonnen sich aus Schiffbauten zusammensetzt, welche die Werften auf Spekulation für eigene Rechnung erbauen. Die Frage, wie diese Schiffe abzustoßen oder in eigener Regie nutzbringend zu verwerten sind, wird für die Werften nunmehr brennend. Die Uraga-Werft, die Yokohama-Werft und einige andere größere Werften beabsichtigen, für eigene Rechnung Reederei zu betreiben und regelmäßige Fahrten nach Südamerika, den Vereinigten Staaten und England einzurichten. Andere Werften suchen Anlehnung an bestehende Schiffahrts-Gesellschaften. *Hb.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Kapok

Von Herrn Direktor Cantzler wird uns berichtet: Es ist erstaunlich, welche außerordentlich große Mengen Rohkapok von holländischen Importeuren nach Deutschland angeboten werden. Natürlich liegen diese Mengen nicht alle in Holland greifbar, sondern es wird damit gerechnet, daß baldigst Abladungen von Niederländisch-Indien eintreffen, für die durch jetzigen Verkauf in Deutschland der derzeitige hohe Kursgewinn gegen den späteren Kursrückgang eskomptiert werden möchte. Viel Gegenliebe finden die Holländer hiermit allerdings in Deutschland nicht, da trotz aller gegenteiligen Meldungen bei uns die Devisenordnung immer noch besteht und auch in Holland das Ausfuhrverbot für Kapok noch nicht aufgehoben ist. Die holländischen Partien werden angeboten auf der Basis von 60 bis 70 Cents je ½ kg. Die Bestrebungen, von Mittel- und Südamerika Kapok nach Deutschland zu ziehen, sind weiter im Gange und bleibt es zu wünschen, daß sie von bestem Erfolg begleitet sind.

Hier im Lande kommt derzeitig namentlich durch das nahezu völlige Auflösen der gesamten Marinebestände und durch weiter freiwerdende Heeresläger noch eine recht umfangreiche Menge zwar verstopft gewesenen, aber noch gut erhaltenen Materials zum Vorschein, so daß für die Kapok verbrauchende Bevölkerung von einer Notlage kaum gesprochen werden kann. Allerdings ist die Industrie selbst nach wie vor außerordentlich schlecht daran, da die betreffenden Mengen Altkapok größtenteils durch unberufene Zwischenhändler an die Konsumenten gelangen.

Jute

Über den englischen Jutemarkt schreibt uns Herr Carl Trapp: Der Preis für Rohjute ist in den letzten Wochen sehr heftig und dauernd in die Höhe gegangen, und zwar seit Ende Mai von 47 £ 10 s auf 59 £ cif Dundee; die Preise für die auf Lager befindliche Regierungsware wurden ebenfalls der Marktlage entsprechend heraufgesetzt. Durch die Abgabe großer Quantitäten nach Frankreich ist greifbare Ware recht knapp geworden, besonders firsts und lightnings Marken sind sehr rar, und die Verkäufer fangen an sehr zurückhaltend zu werden, so daß einige Spinner sogar zu fob Bedingungen gekauft haben, was im ganzen allgemein vermieden wird, da die Spinner nicht gern das Risiko übernehmen, das ihrer Ansicht nach den Verkäufern zufallen muß. Es befinden sich zurzeit 19 700 Ballen Rohjute auf Lager in London, gegen 8340 Ballen zur selben Zeit im Vorjahr. Die Ernte fällt dieses Jahr sehr spät aus, und man erwartet vor Ende September kaum etwas von der neuen Ernte herein zu bekommen.

Wenn man den englischen Marktberichten Glauben schenken darf, so fängt die Beschaffung von Rohjute an, den Spinnern ernstliche Sorge zu bereiten, da der Frachtraum äußerst knapp ist und auch keine Aussicht besteht, daß sich die Verhältnisse hierin in absehbarer Zeit bessern werden. Alles Rohmaterial der neuen Ernte wird jedoch in Europa dringend benötigt werden, besonders wenn die Zentralmächte in der Lage sein sollten, demnächst Rohmaterial hereinzunehmen. Vom 1. August 1918 bis Anfang Juli 1919 sind 1 290 510 Ballen Rohjute nach Dundee eingeführt worden, gegen 330 982 Ballen zur selben Zeit im Vorjahr, und 60 000 Ballen werden schwimmend gemeldet, gegen 72 464 Ballen im Vorjahr. Die Fracht von Kalkutta nach Dundee ist infolge der Frachtraumknappheit von 5 £ auf 7 £ je Ton erhöht worden.

Es ist geradezu überraschend, wie sich der Jutewarenmarkt in Dundee in so kurzer Zeit erholt hat und man hätte nie geglaubt, daß die Marktlage sich so schnell ändern könnte. Die Nachfrage nach Garnen und Geweben ist sehr groß und die Preise hierfür steigen ständig; common Cops sind seit Ende Mai von 5 s 2 d auf 7 s und Hessians 40 in. 10½ oz. von 6⅜ d auf 7½ d gestiegen. Linoleum-Hessians wurden von Amerika zur Lieferung bis Ende dieses Jahres stark gekauft. Die Preise hierfür sind 14 d je Yard für 76 in. 9½ oz. und 38 d für 150 in. 10½ oz. Auch der Jute-Teppichhandel hat sich bedeutend gebessert und große Geschäfte werden in diesem Artikel getätigt. Das Geschäft in Baggings und Sackings dagegen liegt noch weniger günstig.

Der Kalkutta-Markt für Fabrikate wird durch Kurs- und Frachtschwierigkeiten bedeutend beeinträchtigt, und infolgedessen sind Offerten in letzter Zeit sehr spärlich hereingekommen. Durch die Bedingung, daß Kursdifferenz und Fracht über bestimmte Sätze hinaus zu Lasten des Käufers gehen sollen, kann der tatsächliche Preis nicht mit Bestimmtheit genannt werden, was zur Folge hat, daß die Käufer sich lieber nach Dundee wenden, wo die tatsächlichen Kosten genau berechnet werden können, was auch dazu beigetragen hat, daß die Konkurrenz der Kalkutta-Ware wesentlich geringer geworden ist. Die Preise für Kalkutta-Hessians sind weiter gestiegen; zuletzt wurde 54 s 6 d und in einigen Fällen sogar 55 s 6 d für 40 in. 10 oz. bezahlt.

Holz

Herr Ernst Wiehe, Bremen, schreibt uns:

Ausländische Hölzer. Amerikanisches Eichenschnittholz wurde nur noch in ganz kleinen Mengen zu sehr hohen Preisen angeboten. Man rechnet damit, daß in nicht zu ferner Zeit neue Posten als Beiladungen herein kommen werden, sei es vom neutralen Auslande, sei es direkt von Amerika. Diese Zufuhren werden auf recht gute Preise rechnen können, soweit es sich um gangbare Dimensionen von guter Beschaffenheit handelt. Für japanische Eichenschnittware hat das Interesse angehalten; es dürfte kaum noch etwas Nennenswertes in diesem Artikel aufzutreiben sein, so daß auch in dieser Sorte Ankünfte erwünscht sind. — Amerikanische Eschen dürften ausverkauft sein, doch sind Zufuhren hierin sobald nicht notwendig, während für Hickory eher Verwendung vorhanden ist. — Amerikanisches Nussbaum ist nur noch sehr wenig zur Verfügung, so daß Abladungen begehrt sind und auf sehr hohe Preise rechnen können, sowohl für Block- wie für Schnittware. — Amerikanisches Pappelholz, sowie Holz ähnlicher Art, ist nur noch in ganz kleinen Mengen, in meistens wenig gangbaren Stärken zu haben. — Die infolge der hohen Preise stark verminderte Nachfrage nach Teakholz kann durch ein ganz kleines Angebot befriedigt werden, wenn Käufer bereit ist außergewöhnlich hohe Preise anzulegen. Es ist aber anzunehmen, daß die ersten Zufuhren von Java- und ostindischem Teak die Preise etwas drücken werden. Im übrigen ist keine brennende Notwendigkeit für die Einfuhr im Augenblick vorhanden. — Mangels Angebot konnte sich während der letzten Wochen nur ein ganz kleines, aber hochwertiges Mahagoni-Geschäft entwickeln. Kuba-Mahagoni in mittleren und kleinen Abmessungen von guter Beschaffenheit ist zur Zeit noch etwas vorhanden, doch sehr hoch im Preise. Auch in anderen amerikanischen und afrikanischen Mahagoni-Herkünften werden hin und wieder noch kleine Posten, die häufig durch viele Hände gegangen sind, zu ungewöhnlich hohen Preisen angeboten. Baldige Mahagoni-Zufuhren würden eine sehr gute Aufnahme finden. — Es ist anzunehmen, daß demnächst einige Okume-Partien

hereinkommen werden, die zweifellos eine hohe Bewertung finden dürften. — Man sollte die Einfuhr von Zedernholz in beschränktem Umfange zulassen, da diese Holzsorte vollständig ausverkauft und zum Teil von unserer für die Ausfuhr arbeitenden Industrie gebraucht wird. — Angebot und Umsätze in Pitchpine und ähnlichen Holzsorten amerikanischer Provenienz waren während der letzten Monate von recht bescheidenem Umfange. Auch in diesen Holzsorten sollte die Einfuhr möglichst bald freigegeben werden. Die Nachrichten aus Amerika lauten für alle Schnitthölzer sehr fest. Durchweg sollen die Bestellungen die normale Erzeugung übersteigen. Der Bedarf im Lande selbst ist gut und für die Ausfuhr dürfte nicht allzuviel zur Verfügung stehen. Der Mangel an Schiffsraum und die hohen Frachten sowie die Valutaverhältnisse dürften gleichfalls eine Behinderung der Ausfuhr sein.

Deutsche Hölzer. Ein dankbares Spekulations-Objekt für manchen, der bislang wenig oder garnichts mit Holz zu tun hatte, waren deutsche Eichen während der letzten Monate. Die Preise haben infolgedessen eine Höhe erreicht, wie wir sie weder jemals gehabt noch für möglich gehalten haben. Wenn auch ein Preisrückgang nicht zu erwarten ist, so dürfte doch eine gewisse Vorsicht angebracht sein. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß nicht unbeträchtliche Posten Eichenschnittholz von Amerika in Holland und Dänemark eingetroffen sind, die immerhin eine gewisse Konkurrenz für unseren Eichenmarkt bilden werden, falls sie sich noch weiter vermehren sollten. — Größere Kauflust für Buchenholz ist nicht bemerkbar. Einem ziemlich umfangreichen Angebot steht eine mäßige Nachfrage gegenüber. Starke Blöcke von guter und frischer Beschaffenheit sowie trockenes Schnittholz in gangbaren Dimensionen blieb gefragt. — Deutsches Eschenholz ist nach und nach ziemlich beträchtlich im Preise gefallen, nachdem während der Kriegszeit eine ungewöhnlich hohe Preisbewertung eingetreten war. — Stark begehrt sind deutsche Erlen-Stämme. Es ist nur selten möglich, preiswerte Posten zum Abschluß zu bringen. Russische Erle ist besonders knapp und dürfte auch in nächster Zeit wenig an den Markt kommen. — Auch deutsche Birken sind zu steigenden Preisen gefragt. Von Rußland ist kaum viel zu erwarten. — Sofort greifbare Linden-Stämme von guter Qualität sind verkäuflich; geringes Material ist schwer unterzubringen. — Aspen-Rohholz und Bretter waren begehrt. — Deutsches Nußbaum wurde wenig angeboten, doch war auch keine übermäßige Kauflust bemerkbar. — Das Interesse für Pappelblöcke war sehr beträchtlich und konnte nicht annähernd befriedigt werden. Begehrt waren in erster Linie gute Originalpartien und Furnier-Blöcke, ebenso gangbare Schnittholz-Dimensionen. —

Vermischtes

Die Handelsentwicklung auf den Fidschi-Inseln. Von den 250 Inseln der Fidschigruppe sind ungefähr 80 bewohnt, auf der größten Viti-Levu liegt die Hauptstadt Suva. Ferner sind von Bedeutung die Inseln: Vanua-Levu, Taveuni, Kandavu, Ovalau sowie die Yasawa- und Lau-Gruppen. Für den internationalen Verkehr kommen nur drei Zugangshäfen in Betracht: Suva und Lautoka auf Viti-Levu, sowie die alte Hauptstadt Levuka auf Ovalau. Das Klima ist relativ günstig, Malaria gibt es nicht. Die Gesamtbevölkerung betrug 1916 159 000 Seelen, von denen 4500 Europäer, 89 500 Eingeborene, 57 000 Inder, 2500 Polynesier und 2500 Mischlinge waren. Die Gesamteinnahme des Staatshaushalts, die sich aus Ausfuhrzöllen auf die wichtigsten Produkte der Insel und aus Einfuhrzöllen auf Luxus- und Bedarfsgegenstände sowie aus direkten (Hütten-, Schul- usw.) Steuern zusammensetzen, beliefen sich 1917 auf 335 000 £ gegen 226 000 £ in 1913, und die gesamten Ausgaben auf 300 000 £ gegen 259 000 £. Für die Ausgaben spielt natürlich auch der Militäretat eine erhebliche Rolle.

Der Gesamtaußenhandel betrug 1917 3 080 000 £ (Einfuhr 1 012 000 £, Ausfuhr 2 680 000 £) gegen 2 330 000 £ in 1913 (Einfuhr 904 000 £, Ausfuhr 1 426 000 £). Entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung zerfällt die Einfuhr in drei Teile: Absatz an die Eingeborenen, die Inder und die Europäer. Die Inder behalten ihre alten Lebensgewohnheiten bei. Sie sind genügsam, und der Hauptbedarfsartikel ist neben einfacher indischer Kleidung, indischer Schmuck. Noch einfacher ist die kommunistische Lebensweise der Eingeborenen, deren Ansprüche an Einfuhrartikeln entsprechend geringer sind.

Die Engländer klagten schon früher über den fremden Handelswettbewerb auf den Inseln, namentlich über die billigen deutschen Waren. Seit Ausbruch des Krieges ist nun in gewissen Dingen die Konkurrenz Amerikas und Japans gefährlich geworden. Japan ist jetzt hinsichtlich billiger Waren an Deutschlands Stelle getreten und dürfte daher dem englischen Kaufmann die Eroberung dieses Teils des deutschen Handels unmöglich machen und das gleiche gilt hinsichtlich der Einfuhr einiger neuer Artikel, die vor dem Krieg auf den Fidschiinseln keinen Absatz fanden. Vor allem dürfte es den englischen Firmen nur mit Mühe gelingen, wieder einen Teil des Handels in billigen Stoffen mit den Fidschigruppen in die Hand zu bekommen, in dem die japanische Konkurrenz schon vor dem Kriege sich stark fühlbar machte. Die Konkurrenz von seiten der Vereinigten Staaten ist weniger gefährlich. Zwar haben Fidschi-Firmen direkte Beziehungen mit Amerika angeknüpft und viele amerikanische Häuser suchen auf den Inseln festen Fuß zu fassen, doch diese Ausdehnung des Handels der Vereinigten Staaten erstreckt sich auf Waren, in denen die englische Industrie besonders stark ist und daher werden auf den Fidschi Inseln die amerikanischen Waren mehr als Kriegsersatz betrachtet.

Für die Ausfuhr kommen namentlich Zucker (70 % der Gesamtausfuhr), Kopra und Bananen in Betracht. Auch die Viehzucht und die Kautschukproduktion dürften über kurz oder lang einen wesentlichen Anteil an der Ausfuhr bekommen. Neuseeland ist im Kriege einer der Hauptabnehmer für Zucker geworden, der von Lautoka aus verschifft wird. Entsprechend der guten Zuckerernten der letzten Jahre stieg der Wert der Zuckerausfuhr nach Neuseeland von 724 000 £ in 1913 auf 923 000 £ in 1916. Von der Gesamtausfuhr nach Australien im Werte von 780 000 £ (im Jahre 1916) entfielen auf Zucker 471 000 £ (gegen 251 000 £ i. J. 1913). Die Koprausfuhr (von Levuka aus betrieben) nach Australien betrug i. J. 1916 149 000 £ gegen 139 000 £ i. J. 1913. Die im Kriege begründete Verlegung des Kopramarktes von London nach San Franzisko hat bewirkt, daß der Koprahandel mit den Vereinigten Staaten an die Stelle des englischen getreten ist. So wurden i. J. 1916 für 103 000 £ Kopra nach San Franzisko exportiert gegen wenig über 11 000 £ i. J. 1913, und 1917 ist der Koprahandel in San Franzisko weiter gewachsen, dagegen hat er mit England während des Krieges ganz geruht. Nach Japan werden fast ausschließlich Trocasmuscheln exportiert, die zur Herstellung von Perlmutterknöpfen Verwendung finden.

Der Detailhandel mit seiner Zentrale in Suva liegt in der Hand chinesischer Häuser, die zum großen Teil sehr gut finanziell fundiert und vielfach mit mächtigen chinesischen Firmen in Sidney und China liiert sind. Da die Japaner auch auf den Fidschi-Inseln festen Fuß zu fassen suchen, droht dem englischen Kaufmann die gefährlichste Konkurrenz von östlichen Häusern. Besonders wichtig hierfür ist, daß die kleinen chinesischen Detailhändler, die die gesamte Inselgruppe mit Waren versorgen, bekanntermaßen aus Patriotismus niemals eine Ware von einer nicht chinesischen Firma beziehen, die sie von Chinesen kaufen können.

Es gibt zwei Banken auf den Fidschi-Inseln, die „Bank of New-Zealand“ und die „Bank of New-South-Wales“. Die Waren werden meist verschifft Kasse gegen Dokument. Die Tratte läuft 30, 60 oder auch 90 Tage. Die Suva-Firmen haben Kredit in London und anderen Märkten, an denen sie kaufen, und zahlen gewöhnlich eine Kommission von 2½ bis 5 % auf ihren Ankauf. Der Diskont für Kasse gegen Dokument beträgt in London gewöhnlich 2½ %. Australische Agenten besuchen die Inseln in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen.

Die gesamte Lage der Fidschi-Inseln, ihre gesamten Zukunftsaussichten und Möglichkeiten werden maßgebend durch die Arbeiterfrage beeinflußt. Die Schiffahrtsfrage ist ebenfalls von Bedeutung, besonders für den Handelsverkehr mit England. Ein direkter Verkehr zwischen der Inselgruppe und England wird daher von sachverständiger Seite befürwortet. (Bd. of Tr. Journal v. 26. 6.) Gleichzeitig wird jedoch zugegeben, daß er in den ersten Jahren wenigstens ohne staatliche Subvention nicht denkbar sei. *Pt.*

Verantwortlich für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5
Druck von H. O. Persiehl Hamburg 8.